



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

14. Stadtratsprotokoll / 14^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 04. Oktober 2023, 18.00 Uhr

Séance du mercredi 04 octobre 2023 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Boly Kady, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Eggimann Roman, Egli Roland, Gerber Andreas, Kilezi Ruth, Koller Levin, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Oberle Fabio, Paronitti Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Varrin Océane, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Cacciabue Anna Louise, Francescutto Luca, Gloor Yannick, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Lehmann Caroline, Stocker Julien, Strobel Salome, Vouillamoz Naomi

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

--

Vorsitz / Présidence:

Loderer Benedikt. Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

El Mohib Omar, Ratssekretär

1.	Genehmigung der Traktandenliste	3
2.	Mitteilungen Stadtratsbüro	3
3.	Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat.....	3
4.	Protokollgenehmigungen (7./8. Juni 2023 / Nrn. 8 und 9).....	3
5.	20230207 Stellenschaffungen/Stellenstreichungen per 01.01.2024	4
6.	20230037 Budget 2024.....	8
	• Allgemeine Debatte	8
	• Präsidialdirektion	19
	• Finanzdirektion	20
	• Direktion Soziales und Sicherheit	20
	• Direktion Bildung, Kultur und Sport.....	20
	• Direktion Bau, Energie und Umwelt.....	20
	• Sonderrechnungen	21
	• Botschaft zum Budget 2024.....	21
7.	Begründung der Dringlichkeit.....	24
	• Ordnungsantrag.....	24
8.	20230037 Finanzplan 2025-2027 (Planjahre 2024 – 2027 und Investitions- planung 2024 – 2033)	25
9.	20170168 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Energievorschriften	33
	• Botschaft zur Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung betref- fend Energievorschriften.....	40

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die 14. Sitzung des Stadtrats ist eröffnet.

Auf Ihren Tischen finden Sie folgende Unterlagen:

- Antrag der Fraktion Grünes Bündnis zur Botschaft fürs Budget (grünes Blatt)
- Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen betreffend die Botschaft zur Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung (hellblaues Blatt)

1. Genehmigung der Traktandenliste

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich sehe keinen Einwand, die Traktandenliste ist genehmigt.

2. Mitteilungen Stadtratsbüro

Keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat

El Mohib Omar, Ratssekretär: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 28. September 2023 die folgenden Abrechnungen der Verpflichtungskredite der Finanzdirektion in eigener Kompetenz einstimmig und ohne Bemerkungen genehmigt:

20170147 Liegenschaft General-Dufour-Strasse 26 / Erwerb der Stockwerkeinheit Biel-Grundbuchblatt Nr. 1693-2, von der Post Immobilien AG
und

20210275 Biel-Grundbuchblatt Nr. 9061, Johann-Renferstrasse 1; vorzeitiger Heimfall des Baurechtes Biel-Grundbuchblatt Nr. 9122, Garage du Jura SA

Die Abrechnung des Verpflichtungskredites 20190438 Unterbringung von zwei Kindergartenklassen im Alterszentrum Cristal der Direktion Bau, Energie und Umwelt hat die GPK mit folgender Bemerkung genehmigt:

Der Kreditrahmen wurde auf Basis des Kostenvoranschlags der Architektin mündlich mit der gemeinnützigen Stiftung für Betagtenwohnungen vereinbart und nur im Sitzungsprotokoll des Stiftungsrates schriftlich festgehalten. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit sind für solche Projekte in Zukunft schriftliche Verträge auszufertigen.

4. Protokollgenehmigungen (7./8. Juni 2023 / Nrn. 8 und 9)

Die Protokolle werden stillschweigend genehmigt.

5. 20230207 Stellenschaffungen/Stellenstreichungen per 01.01.2024

Suter Daniel, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion prend connaissance de la création par le Conseil municipal, au sens de l'article 9 alinéa 2 lettre B du règlement sur le personnel, de 8 postes au département de la protection de l'adulte et de l'enfance (PAE) de 0,1 poste pour l'antenne d'intégration, de 10,56 postes au département des écoles pour les écoles à journée continue, de 2 postes au département des infrastructures pour le service des eaux usées et de 0,5 poste au département du personnel, ce dernier poste créé et financé par le canton pour pallier le surcroît de travail causé dans ce département par la création des autres postes financés par des tiers.

La création de ces postes se justifie notamment par l'augmentation des cas auprès de la PAE, l'affluence constatée aux Ecoles à journée continue (EJC) et qu'à la journée continue où les normes cantonales imposent un minimum de personnel d'encadrement. À noter que la contribution cantonale au poste auprès de la PAE comporte manifestement un forfait pour l'installation des places de travail alors qu'à l'EJC, ces frais devraient être négligeables. Par ailleurs, la Commission de Gestion prend connaissance de la suppression en application de mesures substantielles 2030 de 2,9 postes, soit 1,1 à la mairie, 2 fois 0,4 poste à la direction ASS et la direction FCS et d'un poste à la direction TEE.

La commission vous recommande enfin d'approuver la création de 3 postes au département de la sécurité publique, aux services des habitants et services spéciaux, création qui répond à une série d'interventions parlementaires allant dans ce sens et qui a déjà permis de désengorger la situation dans les services en question. Le total des effectifs de la ville de Bienne passe ainsi de 1129,09 à 1150,35 emplois à plein-temps. Je vous remercie de votre attention.

Scheuss Urs, GPK: Ich spreche hier noch als ein zweiter GPK-Sprecher. Eigentlich wäre dieses Votum fürs Budget für die Finanzdirektion vorgesehen, aber es hat sich herausgestellt, dass das eigentlich hier hingehört. Es geht um die Stellen, die für den Betrieb der Schulinformatik «DiAna» geschaffen werden. Eigentlich sind es Stellen, die aus dem Projekt in den Betrieb überführt werden. Im Budget sind sie zweimal erwähnt, einmal im allgemeinen Teil und einmal bei der Finanzdirektion. Im Bericht über die Stellenschaffungen und -streichungen fehlen sie. Warum?

Dasselbe gilt für eine neue 100%-Stelle in der Abteilung Infrastruktur für den Aufgabenbereich Naturgefahren. Auch diese Stelle taucht im Bericht zum Budget auf, aber im Bericht über die Stellenschaffungen und -streichungen nicht. In der GPK haben wir zu den «DiAna»-Stellen die Information erhalten, dass bereits zu Beginn des Projekts klar war, dass die Stellen aus dem Projekt in den Betrieb überführt werden. Das stand damals im Bericht an den Stadtrat und wurde in der Sitzung vom 20. März 2019 positiv zur Kenntnis genommen. Damit werden die nötigen personellen Ressourcen sichergestellt und das nötige Know-how erhalten. Der Stadtrat nahm das damals also zur Kenntnis und wusste, dass diese Stellen dereinst geschaffen werden. Die definitive Schaffung der Stellen wird auch in 2 Jahren dem Stadtrat vorgelegt. Bis dahin sind sie wie üblich provisorisch und die Mitarbeitenden aus dem Projekt müssen sich auch regulär für die Stellen bewerben.

Es wäre aber der Transparenz halber dienlich, wenn dies auch im Bericht über die Stellenschaffungen und -streichungen so ausgewiesen wird, auch wenn der Gemeinderat für die provisorischen Stellenschaffungen zuständig ist. Diese werden ja aber auch jeweils im Bericht angegeben. Vielleicht gibt es auch formelle Gründe, die

Stellen nicht in den Tabellen im Bericht anzugeben, dann hätte dies aber auch in den Bemerkungen oder in einer Fussnote gemacht werden können.

Zu erwähnen bleibt noch, dass von den 4,6 «DiAna»-Stellen 3,8 Stellen in der Finanzdirektion und 0,8 Stellen in der Direktion BKS provisorisch geschaffen beziehungsweise vom Projekt in den Betrieb überführt werden. Diese Information ergibt sich aus verschiedenen Hinweisen im Budgetbericht und hätte ebenfalls gut auch im Bericht über die Stellenschaffungen und -streichungen angegeben werden können, einfach um es nochmal festzuhalten. Es geht nicht darum, ob es richtig oder falsch ist, dass diese Stellen geschaffen werden, sondern um die Nachvollziehbarkeit in den Unterlagen, die dem Stadtrat vorgelegt werden.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO hat sich zu den Stellenschaffungen und -streichungen ausgetauscht. Wie der GPK-Sprecher schon gesagt hat, geht es vor allem um diese drei Stellen im Bereich Migration und ich denke, es wäre hier auch wichtig, gerade einmal noch zu erfahren, wie der aktuelle Stand ist, weil wir haben ja dieses Postulat damals eingereicht, damit diese provisorischen Stellen geschaffen werden konnten. Jetzt wurden diese in richtige Stellen überführt und im Bericht steht auch, dass man quasi den Pendenzenberg konstant und stabil behalten kann, aber eigentlich wäre auch gut, wenn man diesen langsam abbauen könnte. Deshalb wäre es sicher gut, auch zu diesem Punkt kurz von der Direktion etwas über den aktuellen Stand zu erfahren.

Vielleicht noch ganz kurz zu den gestrichenen Stellen: das war Teil von Substance und war ein demokratischer Entscheid. Wir haben diesen mitgetragen, das heisst auch, dass es keine wirklichen Kündigungen gibt, sondern alles basierend auf natürlichen Fluktuationen erfolgt. Aber trotzdem möchte die Fraktion SP/JUSO hier ganz klar anmerken, dass allgemein mit Stellenstreichungen vorsichtig umgegangen werden muss. Denn die Ressourcen in der Stadt Biel sind knapp bemessen und wir möchten keine Retourkutschen kassieren wie beispielsweise bei den Einwohnerdiensten. Da waren zu wenig Ressourcen vorhanden und jetzt müssen wir das quasi Ausbaden durch Einschränkungen im Service Public. Ganz wichtig ist, dass diese Streichungen der Stellen durch Substance bereits eine Sparmassnahme sind und dass diese als Sparmassnahme im weiteren Budgetprozess verbucht wird.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Notre groupe remercie le Conseil municipal de ce rapport et des explications qu'il contient. Le renforcement des ressources pour appuyer le Conseil municipal dans son travail est nécessaire mais nous devons rester vigilants et rationnels. Notre groupe constate par ailleurs que le Conseil municipal a donné suite de manière satisfaisante à ce besoin d'assainir des finances de la Ville, certes en demandant des ressources supplémentaires pour certains domaines qui sont en développement ou en surcharge, mais aussi en procédant à la suppression et/ou à la réduction de postes dans les domaines où la charge de travail diminue ou devrait diminuer, ou qui ne sont pas prioritaires, dans l'esprit des mesures Substance 2030. Compte tenu des finances de la Ville, notre groupe demande au Conseil municipal de plancher également sur d'autres réductions de postes en 2024. Ceci dit, il faut clairement garder à l'esprit que même s'il y a un financement cantonal pour les 5/6 des postes que l'on veut créer définitivement, les coûts transversaux, comme par exemple les infrastructures, les ressources humaines liées à ces postes, restent à la charge de la Ville. En d'autres termes leur financement sera automatiquement répercuté sur les charges de transfert des comptes et donc fatalement, contrairement à l'image déformée qu'on pourrait percevoir de toute opération, il absorbera une partie des efforts des contribuables qui paient bien

évidemment, également des impôts cantonaux. Dans le cadre des discussions sur le budget, le Conseil de ville pourra constater que cette continuelle création de postes entraîne les finances de la Ville sur la pente contraire de l'effort qui est pourtant affiché par le Conseil municipal d'assainir durablement les finances communales. Dans ces conditions, le groupe PRR reste perplexe et partagé sur cette question de création définitive des postes proposée.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die grundsätzlich positive Aufnahme des Geschäfts. Ich glaube, ich darf Zustimmung erwarten und das freut uns. Zu den sehr fachspezifischen Fragen der SP/JUSO-Fraktion bezüglich der Migration wird sich dann direkt die Direktorin DSS äussern. Zu den Ausführungen von Herrn Scheuss zuerst etwas Im Voraus: der Bericht, so wie er heute vorliegt, die Stellenschaffungen und -stellenstreichungen betreffend, ist genau so, wie es sich die GPK vor etwa sechs Jahren gewünscht hat. Falls Sie eine andere Darstellung wollen und wenn Sie andere Sachen wieder einbeziehen wollen, müssen wir einfach wieder miteinander ins Gespräch kommen. Es hat schon in der Vergangenheit verschiedentlich Diskussionen darüber gegeben, was in den Bericht gehört oder nicht, was ausgewiesen werden soll und was nicht. Irgendwann erfolgte die Einigung für diese Version hier.

Das Thema DiAna und die damit verbundenen Stellen sind in der Tat eine Herausforderung, denn wenn ein neues Angebot bereitgestellt wird resp. werden muss, zieht das langfristige Betriebskosten nach sich. Die Betriebskosten sind zu Beginn Personalkosten, die über ein Projekt laufen und danach in die ordentlichen Personalkosten einfließen. Das Problem ist, dass der Mechanismus für Stellenschaffungen und -streichungen aufgrund der zwei provisorischen Jahre in der Kompetenz des Gemeinderats mit anschliessender Zuständigkeit des Stadtrats zur definitiven Bewilligung, sehr starr ist. Der Gemeinderat wollte das anlässlich der Totalrevision des Personalreglements ändern, aber der Stadtrat nicht. Was dazu führt, dass die Stellen für zwei Jahre provisorisch geschaffen werden und nachher lediglich die Ausnahmetatbestände nach Art. 9 direkt zu einer definitiven Stellenschaffung führen. Das System kann von mir aus gesehen ohne weiteres im Nachgang zur neuen Stadtordnung, für welche generell das gesamte kommunale Recht überarbeitet wird, wieder bearbeitet werden. Es gibt möglicherweise durchaus einfachere Lösungen, vor allem ist ja die Frage geblieben, soll die Doppelsteuerung über Geld und über den Stellenplan bleiben oder wäre es nicht einfacher, der Stadtrat würde über das Budget befinden und der Stellenplan wäre in der Kompetenz des Gemeinderats. Die Diskussion kennen Sie ja auch. Der Gemeinderat hat das Thema Stellen sehr restriktiv behandelt, Herr Paronitti.

Es gibt wahrscheinlich auch Leute, die finden, zu restriktiv, aber die Finanzlage zwingt uns dazu, restriktiv zu sein. Zu den drei Stellen, die zur definitiven Schaffung vorgeschlagen sind, wird sich inhaltlich noch die Direktorin DSS äussern. Ich will aber auch darauf hinweisen, dass der Stadtrat diese Stellen im weitesten Sinn bestellt hat, also jetzt quasi "se déclarer perplexe" gegenüber dem Gemeinderat, ist nicht ganz fair. Wir führen hier einerseits gesetzliche Aufträge aus, aber andererseits auch Aufträge vom Parlament. Richtig ist der Hinweis, dass jede Stelle, auch wenn sie über den Lastenverteiler abgerechnet werden kann, Infrastrukturkosten auslöst, welche die Stadt zu tragen hat. Da stellen sich auch Fragen wie Desksharing, Jobsharing usw., damit nicht quasi mit der Anzahl Köpfe proportional die Anzahl Büroräumlichkeiten und Schreibtische wachsen. Eine nicht ganz einfache Diskussion, welche allerdings im Zeitalter von Homeoffice eine gewisse neue Wendung genommen hat. Aber gerade im Lastenverteilerbereich hat es sehr viele Stellen, die sich für Homeoffice nicht eignen, weil sie sich mit KlientInnen treffen und persönliche Gespräche führen müssen.

Es gibt noch eine weitere Querschnittsthematik diesbezüglich, denn je grösser der Personalbestand in Abteilungen mit Lastenverteilerstellen wird, dort ist ja der Aufwuchs am offensichtlichsten, desto grösser ist auch die Belastung für die Querschnittsabteilungen wie Informatik, Logistik sowie Personelles und andere. Dort arbeiten wir auch mit internen Verrechnungen, weil ja die Abgeltung vom Kanton letztendlich mit umfassen muss, dass die Leute angestellt, betreut und entsprechend ihre Löhne ausbezahlt werden können. Aber Sie haben Recht, das ist eine Herausforderung.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je remercie la représentante du Groupe SP de m'avoir prévenue qu'elle allait poser cette question. J'ai de ce fait pu préparer une réponse chiffrée et circonstanciée. Vous l'avez vu dans le rapport, 3 postes sont créés définitivement et des postes ont été déplacés à l'intérieur de ma Direction. Cette année, il y a 0,9 poste qui est passé de la police locale au domaine de la migration. Il s'agit d'un poste qui existait déjà pour donner de l'aide au service des migrations dont on sait tous qu'il ne fonctionne pas encore idéalement. En plus, nous venons de transférer au sein du département 100% du poste du service de l'inspection de police aux services des habitants. J'insiste sur le fait que personne n'a perdu son travail. Il s'agit de personnes qui sont parties à la retraite et le poste a été occupé par quelqu'un dans un autre service de ma direction. Il y avait un retard d'environ 1000 dossiers très compliqués qui ne pouvaient plus être réglés au sein de la direction déjà l'année dernière. Un contrat est conclu avec une étude d'avocats externe pour s'occuper de ces cas très compliqués. Pour l'instant sur les 1000, 300 ont été réglés. Ce n'est pas suffisant, ce n'est pas assez rapide mais nous espérons avoir trouvé une piste parce qu'apparemment, le canton du Valais avait un retard de 17 000 dossiers qu'il a réussi à régler dans un délai assez bref.

Nous sommes en train d'aller chercher des informations pour pouvoir copier les Valaisans afin de pouvoir éliminer ces anciens dossiers très compliqués. Ensuite, j'ai chargé l'entreprise Deloitte fin septembre de faire une étude succincte des processus qui sont en cours au service de migration. Ils doivent me répondre d'ici la fin du mois prochain, donc fin novembre. C'est vraiment quelque chose qui se fait rapidement pour que nous puissions dès que possible voir s'il y a des changements qui devront être faits. Ensuite, les structures hiérarchiques sont en train d'être vues, car le service de migration n'a qu'une personne en charge de tout le service. Des changements sont prévus sans engager de personnel supplémentaire mais en donnant des charges différentes à certaines personnes afin que le travail puisse se faire plus efficacement. Il y aura, par la suite, 3 équipes.

Ensuite, comme je l'avais déjà annoncé cet été, une crise a fait que nous ne répondions plus au téléphone. Des mesures d'urgence ont été mises en place, dont certaines vont être pérennisées. De plus, des personnes ont acceptées d'augmenter de 10 ou 20% leur taux d'activité. Pour finir, des collaborateurs, d'autres unités organisationnelles ont été prêtées temporairement au service. Ces personnes répondent au téléphone et traitent des demandes simples. Au niveau de l'informatique des changements sont en cours afin de que des lettres soient générées automatiquement, par exemple lors du renvoi d'un permis de séjour. La lettre sera ensuite mise sous pli par le secrétariat de l'inspection de police afin de décharger le service de migration. Sinon, nous avons supprimé l'exigence de demander le Visa de retour uniquement sept jours à l'avance afin de délester le service des migrations. En effet, ce genre de demande est nécessaire souvent en été et c'est aussi une période où beaucoup de monde est en vacances.

Nous avons aussi décidé que la lettre de confirmation de la procédure en cours sera désormais valable pendant six mois au lieu de trois actuellement afin d'éviter que les gens doivent redemander un permis de séjour si la procédure n'est pas terminée à la fin des trois mois. Donc, comme vous le voyez, il y a plein de choses en cours. Nous prenons au sérieux, ce manque de rapidité dans les services à la population et nous avons bon espoir, que ça s'améliore et que les personnes recevront leur documentation aussi tôt que possible.

Scheuss Urs, Grüne: Vielen Dank, Herr Stadtpräsident, für die Ausführungen. Die Frage, die ich hatte, ist eigentlich nicht beantwortet. Ich habe aber auch verstanden, dass offenbar die Darstellung des Berichts über die Stellenschaffungen und -streichungen in der GPK schon einmal vor längerer Zeit ein Thema war. Ich werde mich noch informieren und das Ergebnis dann noch einmal in die GPK tragen, damit wir wieder auf dem aktuellen Stand sind.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** mit grosser Mehrheit nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23.08.2023, gestützt auf Art. 40, Abs. 1, Ziffer 1, Buchstabe j der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1):

1. Unter Vorbehalt der Annahme des Voranschlages der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2024 durch die Stimmberechtigten der Stadt Biel werden auf den 1. Januar 2024

3.00 Stellen in der Direktion Soziales und Sicherheit (öffentliche Sicherheit) **definitiv geschaffen**

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

6. 20230037 Budget 2024

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Folgendes Prozedere ist vorgesehen: Es gibt am Anfang eine allgemeine Debatte und danach eine Diskussion pro Direktion. In dieser Diskussion pro Direktion werden die einzelnen Anträge behandelt und über die einzelnen Anträge abgestimmt. Darauf folgt die Schlussabstimmung und schlussendlich werden wir uns noch der Botschaft widmen müssen.

Allgemeine Debatte

Zumstein Joël, GPK: Ich spreche im Namen der GPK im allgemeinen Teil über das Budget für das Jahr 2024 und möchte einige allgemeine und übergeordnete Themen sowie einige Details aus den verschiedenen Sachkonten beleuchten. Der Gemeinderat bezeichnet das vorliegende Budget 2024 selber auch im Dossier als Übergangsbudget. Das Budget steht somit einerseits zwischen den Massnahmen, die bereits begonnen haben und aus dem Paket «Substance 2030» umgesetzt wurden. Andererseits steht es aber auch vor der Einführung einer längerfristigen Finanzstrategie und den Massnahmen, die sich daraus ergeben werden. Das Budget 2024 umfasst Entlastungsmassnahmen beim Leistungsangebot aus dem Paket «Substance 2030»

im Umfang von CHF 3.2 Mio., welche bereits Budgetbestandteil 2023 gewesen sind. Zusätzlich kommen im 2024 weitere CHF 1.2 Mio. dazu und auch ein priorisiertes Investitionsvolumen resp. ein reduziertes Investitionsvolumen.

Für die Finanzierung dieser Investitionen im allgemeinen Haushalt ist mit einer Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital in Höhe von CHF 42 Mio. zu rechnen. Es gilt dazu anzumerken, dass der Gemeinderat im Bericht schreibt, dass die Zinserhöhungen sich «verschärfend auswirken». Die ordentlichen Ausgaben im allgemeinen Haushalt können ansonsten über die ordentlichen Einnahmen finanziert werden. Die Steueranlage für das kommende Jahr für die Einkommens- und Vermögenssteuer, die Gewinn- und Kapitalsteuer sowie die Liegenschaftssteuer bleibt unverändert bei 1,63% resp. 1,5%. Ein paar Eckwerte zur Erfolgsrechnung und der Entwicklung des Eigenkapitals: Für den Gesamthaushalt ist ein Aufwandüberschuss von CHF 780'000 geplant. Dieser setzt sich zusammen aus einem allgemeinen Haushalt, welcher ausgeglichen budgetiert wird, Sonderrechnungen Abwasser- und Kehrrechtswesen, welche mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.21 Mio. budgetiert sind und Sonderrechnungen Feuerwehrwesen, Alterszentren und Tissot-Arena, welche mit einem Ertragsüberschuss von CHF 450'000 budgetiert sind. Dies ergibt das Minus von CHF 780'000 für den Gesamthaushalt.

Die Planerfolgsrechnung für den allgemeinen Haushalt ein bisschen mehr im Detail: Wir haben insgesamt vorgesehene betriebliche Aufwände in der Höhe von 417.08 Mio. und einen betrieblichen Ertrag in der Höhe von CHF 387.32 Mio. und somit zeigt das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit, die oberste Stufe der Erfolgsrechnung, einen Aufwandüberschuss von CHF 29.76 Mio. Erst in der zweiten Stufe, in welcher wir den Finanzaufwand und -ertrag miteinbeziehen, kann durch die Verbesserung von CHF 2.78 Mio. ein operatives Ergebnis von CHF 26.98 Mio. erreicht werden. Diese Zahl entspricht gleichzeitig der geplanten Abnahme des Eigenkapitals auf CHF 428.93 Mio. Wird auch noch die dritte Stufe der Erfolgsrechnung miteinbezogen und die ausserordentlichen Aufwände und Erträge berücksichtigt, erzielen wir ein allgemeines ausgeglichenes Budget, welches eine schöne Null ausweist. Ich möchte kurz ein paar Sachkonten beleuchten und einige Punkte hervorheben, die diskutiert worden sind resp. zu Diskussionen geführt und Erklärungsbedarf nach sich gezogen haben.

Personalaufwände von CHF 100.23 Mio. sind im Budget 2024 geplant, was einer Zunahme von CHF 4,79 Mio. gegenüber dem Budget 2023 entspricht. Als wichtigste Treiber sind die teuerungsbedingten Mehrkosten von CHF 3.15 Mio. resp. 2,5% für die betroffenen Mitarbeitenden. Dazu kommen Lohnstufenanstiege beim Personal, welche rund CHF 1 Mio. zusätzlichen Personalaufwand nach sich ziehen wie auch die Stellenschaffungen infolge des Schulprojekts «DiAna» mit CHF 1.23 Mio. Mehrkosten. Zudem erfolgten noch die Stellenschaffungen an den Tagesschulen, die mit CHF 1.3 Mio. zusätzlich zu Buche schlagen. Im Sach- und übrigen Betriebsaufwand wird für das Rechnungsjahr 2024 mit CHF 41.86 Millionen Franken geplant, was einer Zunahme von CHF 2.31 Mio. gegenüber dem Budget 2023 entspricht. Dies ist vor allem mit der Aufwandsteigerung im Unterhalt der Liegenschaften von CHF 1.5 Mio. zu begründen. Wenn wir uns an das Schulhaus Platane erinnern, ist dieser höhere Aufwand sicher nachvollziehbar.

Bezüglich der Abschreibungen wurden ebenso höhere Ausgaben von 11% geplant, d. h. CHF 2.87 Mio. von CHF 28 Mio. Das ist schlicht und einfach darauf zurückzuführen, dass grössere Projekte in den Nutzen übergehen und somit die Abschreibungen gemacht werden müssen. Zum Fiskalertrag: Die direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen sind nebst den Transfererträgen die wichtigste Einnahmequelle

für die Stadt Biel. Sie machen rund 40% vom gesamten Ertrag im allgemeinen Haushalt aus. Der Gesamtsteuerertrag für das Jahr 2024 wird auf CHF 156.88 Mio. geschätzt, was einem Plus von CHF 7.88 Mio. gegenüber dem Budget 2023 entspricht und das ist sicher zu begrüßen. Der Gesamtsteuerertrag war im Jahr 2022 leicht höher gewesen, jedoch wird ganz klar darauf hingewiesen, dass das Jahr 2022 von Sondereffekten geprägt gewesen war und somit weniger aussagekräftig ist. Wie zu Beginn erwähnt, ist für das kommende Rechnungsjahr betreffend Finanzaufwand und -ertrag ein Investitionsvolumen von CHF 42 Mio. vorgesehen. Die Investitionen können nur durch die Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital getätigt werden, was dazu führt, dass wir gemäss Budget Zinsen in der Höhe von 4% leisten müssen. Wir sprechen von rund CHF 1.7 Mio. und das nicht einmalig, sondern selbstverständlich wiederkehrend und ohne Amortisation.

Nur eine kurze Anmerkung zu den ausserordentlichen Aufwänden und Erträgen, der letzten Stufe, welche ein ausgeglichenes Budget im allgemeinen Haushalt ermöglicht: Besonders erwähnenswert, wenn auch altbekannt, ist der Umstand, dass die Auflösung der Spezialfinanzierungsvermögensübertragung ESB dazu führt, dass wir CHF 10.75 Mio. mehr im allgemeinen Haushalt zur Verfügung haben. Ebenso die Auflösung der Neubewertungsreserve, die durch die Einführung von HRM2 ausgelöst worden ist. Die Auflösung der CHF 20 Mio. wird je zur Hälfte dem allgemeinen Haushalt sowie der Spezialfinanzierung «Finanzierung Infrastrukturanlagen» gutgeschrieben. Die beiden Geschäftsfälle sind nicht liquiditätswirksam, d. h. es fliesst kein Geld in eine Kasse oder auf ein Konto, sondern es sind rein buchhalterische Vorgänge, welche sich in der Erfolgsrechnung auswirken. Dies waren die für die GPK inhaltlich relevanten Punkte. Wir empfehlen das Budget einstimmig zur Annahme.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Zuerst möchte ich mich im Namen der SP/JUSO-Fraktion bei den städtischen Mitarbeitenden und dem Gemeinderat für die Erarbeitung des Budgets bedanken. Das ist immer ein sehr grosser Aufwand und dass ein Wechsel in der Finanzdirektion stattgefunden hat, wird aus dem Bericht des Budgets bemerkbar. Unter der Vorgängerin in der Finanzdirektion wurden gewisse Sachverhalte immer wieder verschleiert und unter den Teppich gekehrt, was nun wirklich anders und besser ist. Beispielsweise wird der ungenügende Unterhalt bei den Gebäuden und die deutlich zu tiefen Investitionen in den städtischen Liegenschaften ehrlich anerkannt und ausgewiesen. Ein Defizit wird transparent dargestellt, auch wenn es aus unserer Sicht deutlich zu hoch ist. Zu Letzterem und unseren Kritikpunkten äussere ich mich später, beginnen möchte ich mit den positiven Aspekten dieses Budgets.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Budget natürlich zustimmen. Dies ist die Folge der unterzeichneten Absichtserklärung, denn das Budget entspricht dem, was vereinbart wurde. Das Budget enthält einige Punkte, die für die SP/JUSO-Fraktion wichtig sind: Erstens werden die Löhne der städtischen Mitarbeitenden von jetzt an wieder an die Teuerung angepasst und die Stufenanstiege gewährt, nachdem die Inflation letztes Jahr einmalig nicht ausgeglichen wurde. Dies haben wir – alle grossen Parteien im Rat – mit der Absichtserklärung so vereinbart und es wurde nun auch im Budget 2024 umgesetzt. Zweitens werden mit diesem Budget CHF 1.5 Mio. mehr für den Unterhalt der städtischen Gebäude gesprochen. Dies ist für uns zentral, denn wir dürfen unsere städtischen Immobilien nicht verlottern lassen, im Gegenteil, wir müssen sie hegen und pflegen, damit wir künftigen Generationen intakte Gebäude übergeben können. Auch finanziell lohnt es sich, frühzeitig zu investieren, bezüglich der Sanierung des Pfortnerhauses im Stadtpark haben wir an der Augustsitzung die Quittung erhalten dafür, dass mit Investitionen in die Gebäude zu lange gewartet wird. Drittens sind mit diesem Budget weiterhin finanzielle Mittel vorgesehen, um die Arbeiten beim

städtischen Wohnungsbau voranzutreiben. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet, dass die vorgesehene Stelle im nächsten Jahr besetzt wird und die Arbeiten dann zielgerichtet und effizient vorangetrieben werden können.

Trotz dieser positiven Punkte sehen wir im Budget auch eine Kehrseite und negative Aspekte. Verschiedene Sparmassnahmen werden umgesetzt, ohne dass gleichzeitig die Ursache für die Bieler Finanzlage angegangen wird. Eine Steuererhöhung ist nicht sinnvoll, da die explodierenden Krankenkassenprämien die Bevölkerung stark belastet. Mittelfristig, wie wir alle dies in der Absichtserklärung anerkannt haben, wird eine Steuererhöhung unumgänglich. Auf der Seite des Leistungsangebots sind bereits in diesem Budget Sparmassnahmen enthalten, kumuliert verbessern sie das Budget jährlich um CHF 4.6 Mio., dazu kommen die Effekte durch die Reduktion der Investitionen. Ein weiterer Punkt, welchen wir beanstanden: Die Investitionen sind im Budget mit CHF 25.5 Mio. aufgeführt, obwohl CHF 30 Mio. vereinbart worden sind. Die CHF 30 Mio. sollen einen Durchschnitt darstellen und keine Obergrenze, weshalb die Differenz in den nächsten Jahren kompensiert werden kann. Wir werden darauf achten, dass dieser Durchschnittswert eingehalten wird.

Schlussendlich möchte ich noch auf unseren Hauptkritikpunkt eingehen: Nett ausgedrückt hat der Gemeinderat sehr vorsichtig budgetiert, jedoch ist das Defizit von CHF 26 Mio. aus unserer Sicht völlig unrealistisch. Die Rechnung 2022 schloss ohne Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Auflösungen von Reserven mit einem Defizit von CHF 3 Mio. ab, ohne die Aufwertungsgewinne und einmalige Effekte liegt es bei ca. CHF 7-8 Mio. Zwei Jahre danach beträgt das Defizit CHF 26 Mio., was uns nicht plausibel scheint. Die Budgetierung der Steuereinnahmen ist sehr pessimistisch, da trotz Inflation kein Anstieg gegenüber 2022 vorgesehen, weshalb aus unserer Sicht das Budget und Defizit schlussendlich unwahrscheinlich ist.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Der allgemeine Haushalt schliesst mit einem operativen Ergebnis von Minus CHF 26 Mio. Wie in den vergangenen Jahren werden die Neubewertungsreserve sowie die ESP-Reserve mit einem Gesamtbetrag von etwas mehr als CHF 15 Mio. erfolgsrelevant aufgelöst. Es verbleiben unter dem Strich noch CHF 10 Mio., die aus der «Spezialfinanzierung Buchgewinne» entnommen werden müssen. Die Reserven der Stadt schwinden gemäss diesem Budget auch im kommenden Jahr. Nach der Präsentation der Jahresrechnung 2022 erstaunt dieses Ergebnis, denn die Stadt konnte 2022 mehrere Millionen in Spezialfinanzierungen einlegen, sprich zweckgebundene Reserven aufbauen. Gleichzeitig musste das frei verfügbare Eigenkapital nicht vermindert werden. Woher kommt also diese pessimistische Vorhersage? Obwohl der Sach- und Betriebsaufwand höher budgetiert ist als letztes Jahr – im laufenden Budget waren aufgrund des abgelehnten Budgets CHF 3 Mio. weniger budgetiert – sinkt der Aufwand und dies obwohl CHF 1.5 Mio. mehr für den Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen budgetiert sind.

Im Vergleich zur Rechnung 2022 fällt der Sach- und übrige Betriebsaufwand tief aus, was auf die Substancemassnahmen zurückzuführen sein dürfte. Effektiv fällt der Aufwand im Personalbereich höher aus, da die Teuerung für das städtische Personal anfällt. Die Fraktion Alliance verteidigt, dass die Teuerung ausgeglichen wird. Dazu wurden einige Stellen für DiAna geschaffen, die zuvor nicht über das Budget finanziert worden sind; der Gemeinderat verzichtet weiterhin auf zusätzliche Stellenschaffungen, die von der Stadt selbst finanziert werden müssen. Insofern fällt der Mehraufwand beim Personal ins Gewicht, ist aber für uns nachvollziehbar. Der Aufwand steigt auch bei den Abschreibungen und beim Finanzaufwand. Letzteres wird

darauf zurückgeführt, dass Fremdkapital zu ungünstigeren Konditionen beschafft werden muss.

Auffallend im Vergleich zum Rechnungsjahr 2022 ist die Differenz der beiden Positionen Transferaufwand und Ertrag. Verglichen mit dem Budget 2023 verläuft die Entwicklung parallel, was bedeutet, dass der geringere Aufwand sich mit den geringeren Erträgen quasi ausgleicht. Im Vergleich zur Rechnung 2022 verschlechtert sich die Situation für Biel jedoch um CHF 11 Mio. Diese Verschlechterung ist betragsmässig die relevanteste und liegt in der gleichen Grössenordnung wie die Entnahme aus der «Spezialfinanzierung Buchgewinne». Bei den Steuererträgen haben wir gesehen, dass es schwierig ist, diese korrekt vorherzusehen. Die vorliegende Schätzung ist so zu interpretieren, dass die positive Entwicklung des Jahres 2022 weitergeführt und um die im Jahresabschluss 2022 erwähnten einmaligen Effekte der Unternehmenssteuern sowie den Ausgleich der kalten Progression korrigiert wurde. Das Resultat ergibt weniger als in der Jahresrechnung 2022, jedoch mehr als im Budget 2023. Im Vergleich zum Budget 2023 verschlechtert sich das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit um knapp CHF 6 Mio.

Offensichtlich genügen die höheren Erträge aus den Steuereinnahmen nicht, um die höheren Abschreibungen, die sonstigen tieferen Erträge, die negative Entwicklung bei den Transfererträgen sowie den Teuerungsausgleich auszugleichen. Verglichen mit dem Budget 2022 verschlechtert sich das Betriebsergebnis deutlich mehr, nämlich um CHF 13 Mio. Dieser Betrag entspricht der Summe der Verschlechterung zwischen Transferaufwand und Ertrag. Aus welchem Grund der Finanzertrag beinahe CHF 5 Mio. weniger beträgt als 2022 ist uns nicht klar und ist im Bericht nicht erwähnt. Bezüglich Finanzierungsergebnis wird allgemein nur der Aufwand nicht aber der Ertrag erwähnt. Wie bereits von meinen Vorrednern erwähnt, haben wir im vergangenen Herbst verschiedene Sparmassnahmen beschlossen. Ab 2024 betragen diese ca. CHF 5 Mio., welche gemäss vorliegendem Budget nicht genügen werden, um den finanziellen Handlungsspielraum zu schaffen, den die Stadt in der Zukunft wieder benötigt.

An dieser Stelle muss ich erwähnen, dass wir kein frei verfügbares Eigenkapital abbauen müssten, wenn wir vor einem Jahr der Steuererhöhung zugestimmt hätten. Auch wenn das Budget pessimistisch ausfällt, dürfen wir nicht vergessen, dass ab 2027 die Neubewertungsreserve aufgebraucht ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir am Ball bleiben müssen und wie heute in der Zeitung zu lesen war, ist die Finanzstrategie erstellt. Wir sind gespannt auf das Resultat und die Fraktion Alliance verte wird dem Budget zustimmen.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Im Vorfeld zum Budget 2024 wurde in der Wochenzeitung «Biel Bienne» gerätselt, weshalb vor dieser Budgetabstimmung, verglichen mit den vergangenen Jahren, nicht mehr Diskussionen geführt wurden. Ich werde es weniger zahlentechnisch erläutern, deshalb rekapituliere ich, was sich im vergangenen Jahr ereignet hat: Alle bürgerlichen Parteien, unterstützt von allen Wirtschaftsverbänden in Biel, haben erfolgreich die Abstimmung gegen zwei Budgetvorlagen gewonnen, mit welchen eine massive Steuererhöhung und gleichzeitig eine Mehrverschuldung vorgesehen gewesen wäre. Die Stimmberechtigten haben deutlich «nein» zu höheren Steuern und gleichzeitig mehr Schulden gesagt. Darauf folgten hitzige Debatten in mühsamen «Runden Tischen» und ein Kompromiss wurde gefunden, inklusive dem «1:1-Prinzip». Unsere jahrelangen Ermahnungen haben sich demnach bewahrheitet: Die Stadt gerät immer tiefer in das Schuldenloch, die Milliardengrenze ist bald erreicht. Dank unserer Forderung hat der Gemeinderat nach jahrelangem Versäumnis die Erarbeitung einer Finanzstrategie in die Hand genommen.

Zu Recht: Die Neuverschuldung beträgt nämlich satte CHF 42 Mio. Es liegt eigentlich auf der Hand, was es nun umzusetzen bedarf. Für uns ist das Budget materiell nicht erfreulich, denn die Verschuldung nimmt zu. Das Kerngeschäft der Stadt ist defizitär und die Planzahlen sind mehrheitlich tiefrot. Ehrlich gesagt, war nach jahrzehntelanger Misswirtschaft nichts anderes zu erwarten, der Gemeinderat und der neue Finanzdirektor sind bemüht, jetzt die richtigen Impulse zu setzen. Wir haben das Budget in der Fraktion intensiv diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir das Übergangsbudget unter der Voraussetzung unterstützen, dass es nicht weiter verschlechtert wird. Sollte dies dennoch der Fall sein, werden wir euch gerne an das «1:1-Prinzip» erinnern: Mehrausgaben bedeuten im gleichen Umfang auch mehr Sparmassnahmen!

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Es war ein ziemlich mühsamer Prozess, um schlussendlich zu dem Ergebnis zu gelangen, welches wir jetzt vorgelegt erhalten. Es ist sinnvoll, dass versucht werden muss, dem Stimmvolk ein «copy paste» Budget vorzulegen. Wesentliche Veränderungen im Budget könnten nicht angenommen werden, d. h. eine Steuererhöhung ohne adäquate Einsparungen würde zuerst im Stadtrat und definitiv nachher bei der Volksabstimmung abgelehnt. Umgekehrt natürlich genauso, falls weitere massgebliche Einsparungen vorgenommen würden, nämlich noch mehr Massnahmen als die, die bereits akzeptiert wurden. Ich möchte ergänzen, dass der Spielraum der Sparmassnahmen, über welchen wir tatsächlich verfügen, eigentlich enorm klein resp. viel zu klein ist. Um die Lücken gemäss Finanzplan schliessen zu können, würde es alle Betroffenen extrem beeinträchtigen. Wir haben einen Spielraum von 10-15%, den wir im eigenen Ermessen steuern können und wenn wir 50% anwenden dürften, können Sie sich das Ergebnis selbst ausmalen. Es genügt nicht für die prognostizierten CHF 50 Mio., wie im Finanzplan nachzulesen ist. Womit ich nicht einverstanden bin, ist die Bemerkung von Herrn Koller betreffend die ehemalige Finanzdirektorin in Bezug auf den Liegenschaftsunterhalt.

Ich bin seit 31 Jahren Stadtrat und war davon 16 Jahre in der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Eine der Forderungen, die wir während meines Einsitzes in der GPK gestellt hatten, war Transparenz in das Portfolio der städtischen Liegenschaften zu bringen. Wir verlangten damals einen einfachen Katalog: Erstens ein Inventar dieser Liegenschaften, zweitens Bemerkungen zum Zustand dieser Liegenschaften, drittens eine Übersicht über die in die Liegenschaften getätigten Investitionen und viertens eine Budgetierung betreffend Unterhalt sowie Werterhalt der Liegenschaften. Das Thema Liegenschaftsunterhalt ist schon älter als die Amtszeit von Frau Steidle als Finanzdirektorin. Sie hat Versuche gestartet und das vorliegende und steuerbare Ergebnis ist unter anderem auch ihr Verdienst und nicht nur des aktuellen Finanzdirektors und seinen Liegenschaftsverantwortlichen. Sie können im Finanzplan nachlesen, dass das Liegenschaftsportfolio auf einen Wert von ca. CHF 1 Mia. geschätzt wird. Und es wird auch bemerkt, dass rund 1 % für die Werterhaltung aufgewendet werden sollte. Jedoch genügen 1 % nicht, es benötigt ca. 2 % für die Werterhaltung in einer Mischrechnung der Ländereien bis zu den kürzlich getätigten technischen Investitionen in diese Gebäude. 1 % wären CHF 10 Mio.

Diesen Betrag haben wir nicht erreicht und budgetiert, was bedeutet, wir devestieren kontinuierlich. Die ganze Situation würde sich verschlimmern, wenn tatsächlich der Bestand massgeblich erhöht würde mit Liegenschaftskäufen bzw. mit Bauten, welche mit einer sehr tiefen Rendite an die MieterInnen veräussert werden. Herr Koller, Sie verstehen meine Anspielung. Wir sind nicht der Meinung, dass städtischer Liegenschaftsbau den geringsten Beitrag zur Sanierung der städtischen Finanzen bringt. Die FDP-Fraktion wird sich mehrheitlich enthalten, weil wir nicht überzeugt sind,

dass das Budget langfristig Erfolg haben wird. Aber es ist das Budget, welches das Stimmvolk annehmen wird und deshalb werden wir uns enthalten oder zustimmen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Un grand merci tout d'abord au Conseil municipal et à la direction des finances pour la qualité du rapport. Merci également d'avoir répondu aujourd'hui à quelques compléments d'informations. Alors que la situation économique est bonne, donc également de bonnes recettes fiscales, il y a pratiquement le plein-emploi, le pourcentage de personnes à l'aide sociale est relativement bas, nous devrions attendre qu'une ville raisonnable, finance elle-même ses investissements et rembourse ses dettes. Qu'en est-il effectivement? Nous allons d'abord regarder les différents groupes comptables. Groupe 30, charges de personnel: Les hausses d'échelons et les renchérissements sont plus généreux que ce que les PME biennoises pourront permettre. Si le personnel n'avait pas fait un grand effort, ces dernières années, nous aurions pu remettre en question ces augmentations. Nous n'allons pas le faire. Le problème pour les charges de personnel, ce n'est pas les salaires payés mais plutôt le nombre de nouveaux postes qui ont été créés ces dernières années. La ville sait bien créer des nouveaux postes pour de nouveaux domaines mais elle ne sait pas les diminuer dans les secteurs qui devraient l'être. Même si l'accroissement de la population nécessite plus de personnel, un travail de fond doit s'effectuer et sans tabou. Groupe 31 charges de biens et services entretien des bâtiments: Comme l'a dit Andreas Sutter, il nous manque quelques millions pour garder la valeur de notre patrimoine immobilier. Groupe 312 énergies: Un des comptes à 3.9 mio CHF avec un budget en 2023 comme en 2024 de 3.2 mio CHF avec les coûts de l'électricité que nous connaissons, je pense que c'est une sous-estimation de coûts, c'est-à-dire, que l'on cache quelque chose de manière comptable. Groupe 33 amortissements: Les charges d'amortissement sont élevées, nous l'avons vu mais en cas d'augmentation de taux d'intérêts, il s'agit de millions en plus que la Ville ne pourrait pas mettre pour la politique publique. Il y a donc urgence de réduire les dettes. La question qu'il faut se poser est de savoir si on peut se permettre autant de patrimoine, ou est-ce qu'il faudrait vendre quelques biens. Avec les charges financières on retourne également avec ces 17 mio CHF à 19 mio CHF sur le compte global d'intérêt. Les intérêts négatifs, c'est fini. Pour les moins âgés d'entre nous dans ce Parlement, je me rappelle des taux de 4 ou 5%, vous savez ce que ça signifie sur le budget. Les prévisions me paraissent assez optimistes pour les impôts. En effet, la progression à froid décidée par le Canton est déjà considérée dans le budget. Donc il n'y a pas forcément besoin de modifier quelque chose. Pour les personnes morales, lors des comptes 2022 il avait été dit qu'il y a des effets uniques et que les résultats étaient exceptionnels. On a un budget 2023 plus élevé, mais la Direction des finances m'a dit que la conjoncture économique est supérieure à ce que l'on attend. J'espère qu'ils ont raison. Si l'on regarde le compte général de manière globale, la situation s'empire encore par rapport à 2023. Il ne s'agit pas du même budget mais il est pire. La descente infernale continue.

Dans le compte général, le déficit opérationnel augmente de 17 mio CHF à 27 mio CHF. Il ne faut pas se laisser tromper par le résultat extraordinaire qui n'est que du cosmétique comptable. Je pose la question au Conseil municipal de savoir s'il n'a pas été demandé aux directions un petit effort. Il ne nous paraît pas compréhensible vu la situation financière que rien du tout ne soit fait. C'est, en tout cas, l'impression que cela donne. L'accroissement de la dette de 42 mio CHF est révélateur de cet immobilisme. Est-ce l'objectif de législature du Conseil municipal ou du Conseil de ville d'atteindre le milliard de dettes? Je ne l'espère pas. Les investissements restent faibles, comme on l'a déjà dit, les indicateurs sont mauvais. Le seul qui n'est pas trop mauvais, c'est la charge financière au niveau des intérêts hypothécaires. En cas d'augmentation des

taux, nous aurions tous les indicateurs dans le rouge. Dans ces conditions difficiles, le Groupe PRR ne peut pas soutenir le budget. Il ne veut pas s'y opposer mais se repose sur la Stratégie financière et espère que les choses arrivent à avancer rapidement.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Le PSR est d'accord pour dire que la situation n'est actuellement pas idéale ni satisfaisante, et que des mesures doivent être prises. Mais pas à n'importe quel prix. Et le PSR n'est pas du tout d'accord avec le pessimisme utilisé comme mot d'ordre dans la création de ce budget. En lisant certains paragraphes du rapport, nous nous sommes questionnés sur l'honnêteté intellectuelle que devrait revêtir un tel rapport. A notre sens, celui qui nous est présenté tombe en échec quant à ce principe. Par exemple, pourquoi est-il indiqué à de multiples reprises que le budget est équilibré uniquement grâce à des mesures comptables telles que des prélèvements sur les réserves et les financements spéciaux? Ces mesures comptables doivent être prises, et sur plusieurs années. Partant, ce n'est pas très honnête à notre sens de dire que le budget doit être équilibré uniquement grâce à ces mesures. Et pourquoi alors le budget présente un déficit de 0,78 mio CHF, alors des prélèvements sur réserve ont été faits ? La différence aurait aussi pu être prélevée.

Peut-être que c'est pour s'assurer que la population comprenne que la Ville de Bienne est en déficit. En outre, certaines affirmations dans le message du budget ne se retrouvent pas dans le rapport. Par exemple, on ne sait pas d'où sort l'affirmation selon laquelle il faudra atteindre 45 millions de recettes pour combler le déficit ces prochaines années. Pourquoi l'indicateur financier "Dette brute par rapport au revenu" n'apparaît plus sur la page 50 du rapport ? C'est regrettable, puisqu'il s'agit là d'un indicateur crucial, et cela pose question sur l'honnêteté intellectuelle du rapport. Et quels sont les critères utilisés par la Direction des finances pour définir les petites couleurs dans le tableau ? Et pourquoi l'échelle des graphiques change constamment ? Ne serait-il pas nécessaire d'avoir une certaine rigueur intellectuelle obligeant à utiliser chaque fois la même échelle, plutôt que celle qui est favorable à l'histoire que l'on raconte ? Et pourquoi est-il dit en page 46 qu'il faut investir dans le système informatique scolaire, alors que le projet DiAna vient d'être réalisé ? Ces quelques remarques pour dire que ce qui nous semble être vrai depuis que le projet Substance 2030 a été présenté, c'est le manque de transparence et d'honnêteté dans les chiffres et documents soumis au Conseil de Ville. On nous dépeint une situation de plus en plus pessimiste, sans raison à notre avis, et en tout cas pas à la lecture des comptes 2022.

Mme Steidle décrivait une situation peu reluisante, mais en une année, on est passé à la quasi-catastrophe financière. Qu'est-ce qui est vrai ? Qui a raison entre l'ancienne directrice et l'actuel directeur des finances ? Et comment la population est censée comprendre tout cela ? Le PSR a quelques principes qu'il tient à marteler: la situation de Bienne n'est pas idéale, c'est un fait. Mais n'est-ce pas le cas pour de nombreuses autres villes suisses, d'autant plus après les 3 ans de crises à répétition que nous venons de vivre ? Faut-il vraiment créer un scénario catastrophe sur la base de ces 3 dernières années ? Je ne le crois pas. Comme M. Feurer, nous voulons aussi de nouveaux contribuables. Mais ce n'est certainement pas en tapant sur la culture comme le fait son parti que nous allons y parvenir. Actuellement, il y a une augmentation des recettes fiscales, et cette donnée n'est pas prise en compte dans les calculs présentés dans le budget 2024. On nous parle même de 100 mio CHF au lieu de 135 mio CHF. Il nous faut impérativement les comptes 2023 pour analyser l'écart entre la réalité des comptes et les projections ultra-pessimistes du budget 2024. Enfin, il ne faut pas oublier que beaucoup de mesures ont déjà été mises en place avec le projet Substance 2030, ce que l'on entend finalement très peu, alors qu'il s'agit quand même, si ce budget est accepté, de pas moins de 4,6 mio CHF d'économies réalisées,

soit par la diminution des charges, soit par l'augmentation des recettes. La politique des petits pas n'est pas justement la fierté de la démocratie suisse ? C'est énorme sur 2 budgets. En conclusion, le PSR voudrait bien croire ce qu'on lui dit dans ce rapport, mais c'est difficile lorsque l'on voit que les représentations graphiques ne sont pas cohérentes entre elles. Le PSR considère qu'il ne faut pas assainir les finances biennoises, mais avoir une stratégie financière durable et responsable, ce qui fait défaut depuis de nombreuses années. Le PSR recommande également d'accepter le budget, puisqu'il ne prévoit aucune mesure allant à l'encontre du bien-être de la population et des institutions, mais sera très vigilant sur la suite prévue par la Direction des finances.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Erarbeitung dieses Budgets und wir teilen den Eindruck des Sprechers der Fraktion SP/JUSO, dass der Bericht dieses Budgets klarer formuliert ist als früher. Bei der Besprechung des Budgets 2024 in der Fraktion ging unsere Diskussion fließend in die des Finanzplans über, denn dieses Budget 2024 kann und muss im grösseren Kontext betrachtet werden. Doch dieser verheisst leider nichts Gutes. Das Budget 2024 wird vom Gemeinderat, wie bereits im Vorjahr, Übergangsbudget bezeichnet. Wie viele Übergänge benötigen wir noch? Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Wir benötigen keine weiteren Übergänge sondern entscheidende Handlungen. Gemäss dem Bericht sollen 2024 zusätzliche Massnahmen aus Substance das Budget um CHF 1.4 Mio. verbessern. Das ist erfreulich, nur erweist sich dies im Endergebnis als einen Tropfen auf einen heissen Stein, denn unter Einbezug des noch positiven Finanzierungserfolges resultiert ein operatives Defizit von CHF 27.8 Mio. Vor sieben Monaten hat der Stadtrat das Budget 2023 in der zweiten Runde diskutiert. Im laufenden Budget haben wir mit einem operativen Defizit von CHF 19.6 Mio. kalkuliert. Vergleiche ich die beiden Budgets, resultiert innerhalb weniger als einem Jahr eine Verschlechterung von CHF 8 Mio. Da verblassen die CHF 1.4 Mio., die wir dank Substance einsparen. Die Fraktion GLP+ beobachtet diese Entwicklung mit grosser Sorge und mahnt wie bereits im gesamten Prozess seit der ersten Ablehnung des Budgets 2023 zu mehr Eile in der Finanzhaushaltssanierung. Als einziger kleiner Lichtblick bemerken wir im Budget 2024, dass die laufenden Ausgaben ohne Neuverschuldung gedeckt werden können. Jedoch werden die reduzierten Investitionen leider quasi gänzlich durch neue Verschuldung beglichen werden müssen. Und wie wir beim nächsten Traktandum feststellen werden, kostet uns die Verschuldung inzwischen Einiges. Die Fraktion GLP+ ist nicht bereit, eine solche Finanzpolitik mitzuverantworten, weshalb wir diesem Budget nicht zustimmen möchten. Wir befinden uns in einem Prozess, der uns zwar zu langsam vorangeht, den wir aber akzeptieren. Aus diesen Überlegungen werden wir uns in der Abstimmung über das Budget 2024 enthalten.

Koller Levin, SP: Das Budget ist sehr pessimistisch budgetiert, was in der Vergangenheit auch der Fall war. Betrachten wir die letzten sieben Jahre, dann war in sechs von sieben Fällen die Jahresrechnung besser als das Budget und in vier Fällen von diesen sechs, war die Rechnung um CHF 10 Mio. oder mehr besser. Der einzige Fall, in welchem die Rechnung schlechter abgeschnitten hat, war das Jahr der Pandemie. Systematisch sind die Budgets viel zu pessimistisch und wir gehen davon aus, dass dies bei diesem Budget erneut der Fall sein wird. Eigentlich möchte ich noch auf die Voten der rechten Ratshälfte reagieren. Vor einem dreiviertel Jahr befanden wir uns in einer schwierigen Situation: Nach der Ablehnung des Budgets 2023 durch das Stimmvolk, erfolgte die Lösungsfindung am runden Tisch. In einem wie bereits erwähnten mühsamen Prozess wurde ein Kompromiss gefunden und es wurde über mögliche Sofortmassnahmen zur Verbesserung des aktuellen Budgets diskutiert. Die

FDP und SVP hat dies damals geblockt; sie wollten keine sofortige Sanierung und deshalb habe ich heute Mühe, wenn sie heute hier über die schlimme Situation jammern. Denn einen gewissen Grad sind sie selbst für diese verantwortlich und dafür, dass wir am runden Tisch keine umfassende Sanierung vorgenommen haben. Nach der verlorenen Abstimmung haben wir uns bereit erklärt, mehr Sparmassnahmen zu akzeptieren. Zu diesem Zeitpunkt wollte die GLP+ keine Sparmassnahmen ergreifen und hat die Position vertreten, dass vorwärts gemacht werden soll. Die zweite Angelegenheit, welche mir wirklich Mühe bereitet, ist Folgende: Wir haben diesen Prozess gestartet und haben eine Absichtserklärung unterzeichnet. Das Budget 2024 entspricht dieser Absichtserklärung und sollten Sie diesem Budget nicht zustimmen, kann ich dies nicht verstehen. Wir gehen diesen Weg gemeinsam, auch wenn die vielen Diskussionen hinter den Kulissen nicht einfach sind. Ignorieren Sie dies und enthalten Sie sich oder stimmen diesem Budget nicht zu, dann können wir Sie nicht daran hindern. Dies wäre jedoch für uns ein klares Zeichen, dass Sie diese Vereinbarung und diesen Weg nicht mittragen wollen. Somit werden wir uns in Zukunft auch das Recht nehmen, gewissen Punkten nicht zuzustimmen. Ich erwarte eine Zustimmung von allen Parteien, ansonsten sehen wir keinen Grund mehr, die Absichtserklärung einzuhalten.

Sutter Andreas, FDP: Ich gebe Ihnen Recht Herr Koller, in diesem schwierigen Prozess wäre der Vorschlag für die sofortige Sanierung der Finanzen eine Steuererhöhung gewesen. Eine sofortige Sanierung der Finanzen ohne Sparmassnahmen mit einer Steuererhöhung hätte wahrscheinlich einen Steuerfuss von etwa 2,4-2,5 % vorausgesetzt, um diese Lücke schliessen zu können. Logisch, dass dieser Vorschlag bereits im Prozess gescheitert ist, weil das Stimmvolk diesen definitiv nie angenommen hätte. Ich habe die Absichtserklärung unterzeichnet, das ist richtig und dies vor allem im eigenen Namen, im Hintergrund aber auch von meiner Partei und ich kann mit offenen Karten spielen. Es ist tatsächlich ein Budget, welches, wie von Herrn Briechle der Fraktion GLP+ erwähnt, hinsichtlich der gegebenen Finanzperspektiven nicht verantwortbar ist. Jedoch gebe ich auch der linken Ratsseite recht, es ist eine pessimistische Perspektive. Sobald uns die Jahresrechnung 2023 vorliegt, werden wir darauf zurückkommen. Falls Sie recht haben, Frau Moeschler und Herr Koller, und diese um CHF 10 Mio. besser abschliesst als für 2023 prognostiziert, werden wir gerne ebenfalls einlenken und für die darauffolgenden Jahre eine optimistischere Perspektive einnehmen.

Rüber Stefan, Grüne: Wir kamen ebenso zur Schlussfolgerung, dass das Budget 2024 wahrscheinlich eher pessimistisch ist und zwar auf der Basis der vorliegenden vergangenen Zahlen und aus einigen Hinweisen aus dem Bericht selbst. Ich möchte jedoch erwähnen, dass es nicht um eine Erhöhung des Steuersatzes auf 2,4% handelte, sondern bei einer sofortigen Sanierungsmassnahme ging es um eine moderatere Steuererhöhung. Das wäre wahrscheinlich machbar gewesen, jedoch politisch für die rechte Ratsseite nicht durchsetzbar. Es wäre natürlich nicht um eine höhere Steuererhöhung gegangen als damals vom Gemeinderat vorgeschlagen. Wir würden jetzt besser dastehen, wenn wir einer Erhöhung von 0,5% bis 0,7% zugestimmt hätten und der Selbstfinanzierungsgrad wäre besser. Denn wenn wir die Steuererhöhung angenommen hätten, würden wir uns weniger verschulden als dies aktuell der Fall ist.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Eigentlich wurde sehr Wesentliches gesagt und ich möchte mich bedanken für die Präsentation der GPK. Ich möchte mich bedanken für die sehr weitgehenden Ausführungen der Fraktion Grünes Bündnis, die fachlich die Situation korrekt dargelegt hat; wir könnten das nicht besser machen. Merci vielmals der SP/JUSO-Fraktion, welche sich, wie auch andere Fraktionen, für die Arbeit des

Gemeinderats und der Administration bedankt hat. Es ist ein «copy paste» Budget, trotzdem kann es nicht innerhalb einer halben Stunde erstellt werden. Es war relativ viel Arbeit und hat zu vielen Diskussionen geführt. Aus welchem Grund der Finanzertrag im Vergleich zu historischen Werten so tief budgetiert ist, erklärt sich daraus, dass der liquide Finanzertrag gut vorhersehbar und budgetierbar ist. Jedoch haben wir, wie andere Gemeinden auch, jedes Jahr buchhalterische Finanzerträge, die aufgrund der HRM2-Bestimmungen durch Aufwertungsgewinne ausgewiesen werden. Deren Entwicklung ist schwierig vorauszusagen, denn es sind Geschäfte, die anfallen oder nicht anfallen. Im Prinzip ist erst bei deren Realisierung bekannt, wie hoch der Buchgewinn ausfallen wird. Ein weiterer erwähnter Punkt betrifft den Unterhaltsaufwand der Liegenschaften. Dazu möchte ich zwei, drei Worte sagen. Wir haben transparent gemacht, dass wir CHF 0,5 Mio. mehr budgetiert haben, aber es ist klar, dass diese bei weitem nicht genügen werden.

Es muss genauso transparent festgehalten werden, dass wir aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht an diesem Punkt stehen, an welchem wir eigentlich sein müssten. Die BEU hat eine Studie veranlasst und festgestellt, dass bezüglich dem Unterhaltsaufwand, für welchen 1% vom Gebäudeversicherungswert gerechnet werden sollte, eine Differenz zum aktuellen Budget von über CHF 8 Mio. besteht. Dazu kommt der Instandsetzungsaufwand, der nicht budgetiert ist. Herr Sutter hat es erwähnt, es müssten nicht 1%, sondern ein Betrag zwischen 1 - 2% gerechnet werden. Um aus betriebswirtschaftlicher Sicht ein transparentes Budget zu haben resp. eines, das betriebswirtschaftlich korrekt ist, müssten die Aufwände im Budget aufgenommen werden. Das hat der Gemeinderat noch nicht umgesetzt und es stellt sich die Frage, wie damit bei der Haushaltssanierung umgegangen wird. Ich denke, es ist wichtig für den Stadtrat, davon gehört zu haben. Es sind CHF 8.7 Mio., abzüglich den zusätzlich budgetierten CHF 0.5 Mio., zu wenig budgetiert. Nehmen wir den fehlenden Instandsetzungsaufwand dazu, sprechen wir von einem zweifachen Millionenbetrag. Schwierig ist die Berechnung resp. die Voraussage bezüglich der Höhe der Steuererträge der juristischen Personen; für die natürlichen Personen ist dies einfacher. In den vergangenen Jahren, haben wir ein Wachstum des Steuerertrags zwischen 1% und 1,8% gehabt, welches wir ins Budget übernommen haben und sich sehr gut prognostizieren lässt. Bei den juristischen Personen gibt es viel grössere Schwankungen. Im 2022 gab es eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr von über 100%, das ist eine historisch einmalige Zunahme und wir rechnen nicht damit, dass dies zukünftig die regelmässige Zunahme sein wird. Aber es sind 100% im Vergleich zum Wachstum bei den natürlichen Personen, der zwischen 1,5-1,8% liegt.

Wie wir aus der Vergangenheit wissen, kann der Trend auch wieder in die andere Richtung umschlagen, denn es spielen verschiedene Faktoren hinein und wir könnten positiv oder negativ überrascht werden. Beides ist möglich, da es wie gesagt relativ schwierig ist, diesbezüglich die richtigen Prognosen zu machen. Herr Briechle der Fraktion GLP+ hat bezüglich dem weiteren Vorgehen das Tempo kritisiert, was wir verstehen und nachvollziehen können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang aber an die Diskussionen anlässlich der Fraktionspräsidienkonferenz über den Zeitverlauf, wie wir die Haushaltssanierung angehen wollen. Der Vorschlag war, das Budget 2025 zu avisieren, im gemeinsamen Gespräch wurde uns klar, dass dies sehr ambitioniert wäre bzw. durch die uns begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich zu realisieren. Der Gemeinderat hätte im Prinzip alle offenen Fragen und Diskussionen in einem geschnürten Sanierungspaket auf den Tisch legen müssen, über welches der Stadtrat bis Ende 2023 hätte diskutieren können. Deshalb geht der Gemeinderat davon aus, dass das Budget 2024 und 2025 ein Übergangsbudget sein wird. Die Frage, welche immer wieder im Raum steht, ist die des pessimistischen Budgets. Würde aus

betriebswirtschaftlicher Sicht ein Budget erstellt werden, dann müssten CHF 15 bis 20 Mio. mehr Aufwand budgetiert werden und ich würde allzu gerne das Feedback des Stadtrats dazu hören.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir aus betriebswirtschaftlicher Sicht kein pessimistisches Budget haben, im Gegenteil, es wurde lediglich vorsichtig budgetiert. Es ist auch korrekt, dass wir in der Vergangenheit regelmässig schlechter budgetiert haben, als schlussendlich abgeschlossen wurde. Ob dies für das Budget 2024 auch der Fall sein wird, kann ich ehrlich gesagt nicht voraussehen. Dem Gemeinderat geht es jedoch nicht darum, so pessimistisch wie möglich zu budgetieren. Das ist nicht die Art und Weise, wie wir vorgehen. Wir verfolgen ein Vorgehen nach Treu und Glauben, hinter dem wir stehen können, egal ob am Schluss eine Istrechnung besteht, die besser oder schlechter abschliesst. Es ist klar, dass wir mit einem Budget immer neben den Realitäten liegen werden, ob positiv oder negativ. Unser Bestreben ist es, die Tendenz, immer besser abzuschliessen als budgetiert, zu verändern. Wir wollen so nahe wie möglich am effektiven Ergebnis budgetieren. Das ist unser Ziel. Trotzdem wird uns eine Punktlandung in Zukunft nicht immer oder praktisch nie gelingen. Es ist verschiedentlich erwähnt worden: «Der Herr Feurer macht das gut oder der Herr Feurer macht das schlecht». Es ist nicht dem Herrn Feurer sein Budget. Es ist das Budget des Gemeinderats. Die Finanzen sind eines der Geschäfte für welche der Gemeinderat verantwortlich ist. Er hat mehrere Sitzungen im Kollegium, in welchen über das Budget beraten wird. Er hat mehrere interdirektionale Sitzungen nebst den ordentlichen Gemeinderatssitzungen, die zur Vorbereitung dienen. Es ist ein Gemeinderatsdossier, die Finanzdirektion vertritt das Dossier, aber der Gemeinderat steht hinter diesem Budget. Der Gemeinderat erstellt das Budget und nicht der Finanzdirektor und auch keine Vertreter der politischen Minderheit, das versichere ich Ihnen.

Clauss Susanne, SP: Ich habe bei den vorherigen Voten einen Satz verpasst. Herr Sutter, Sie haben gesagt, dass die Linke ohne Sparmassnahmen eine Steuererhöhung isoliert haben wollte. Diese Aussage ist immer wieder Thema, sie war hundertmal in der Presse zu lesen und dennoch wird sie durch die ständige Wiederholung nicht wahrer. Wir haben immer Sparmassnahmen zugestimmt und halten uns an diese Vereinbarung. Eine Ablehnung oder Stimmenthaltung sehen wir als Bruch dieser Vereinbarung, die ich ebenfalls für die SP unterschrieben habe. Das wollte ich für das Protokoll festgehalten haben. Wir haben nie alle Sparmassnahmen abgelehnt.

Bord Pascal, PRR: J'avais posé la question à M. Feurer de savoir si dans le processus budgétaire, il y avait des demandes qui avaient été faites aux différentes directions et s'il y avait déjà des petites mesures d'économie ou si c'est un processus ayant été uniquement piloté par la Direction des finances.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der Gemeinderat hat ganz generell vorgesehen, die Haushaltssanierung in einem Paket anzugehen und nicht schon Massnahmen vorzuziehen. Er hat sich auch an die Substancediskussion gehalten und die Massnahmen, die durch den Stadtrat beschlossen worden sind, übernommen. Er präsentiert Ihnen keine Mogelpackung

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Gut, damit ist die allgemeine Debatte beendet und wir kommen zu den einzelnen Direktionen. Wir beginnen mit der Präsidialdirektion.

Präsidialdirektion

keine Wortmeldungen

Finanzdirektion

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt gemäss Absichtserklärung das Budget. Ich möchte im Hinblick auf «Substance 2030» nochmal betonen, dass vor irgendeiner Steuererhöhung bereits einige Abbaumassnahmen umgesetzt wurden oder werden. Im letzten Jahr ging es im Budget 2023 in erster Linie um Optimierungen bezüglich Versicherungen, Bankgebühren und Fremdfinanzierungen, aber auch um Einsparungen beim Versand der Post und der Bereitstellung von Büroinfrastruktur wie z. B. Drucker, Telefone und Bildschirme. Dieses Jahr kommen wiederkehrend CHF 50'000 hinzu, da die Internet-Qualität durch den Abbau von Bandbreite, Wlan-Accesspoints und Kabelanschlüssen deutlich verschlechtert wird. Einige dieser Massnahmen lösen bestimmt keine Begeisterungstürme aus, sondern sind als schmerzhaftes Zugeständnis zu verstehen. Wir sind bereit, diese mitzutragen, weil wir darauf zählen, dass die bürgerliche Seite die Absichtserklärung auch in Zukunft mittragen wird, genauso wie die nötige Steuererhöhung im Sinne des vereinbarten «1:1-Prinzip». Somit ist der von allen Direktionen umgesetzte resp. beschlossene Betrag von CHF 3.65 Mio. eine wiederkehrende Einsparung, welche bis 2024 umgesetzt wird und dann bereits über CHF 7 Mio. beträgt, was doch schon ein beträchtlicher Schritt zur Sanierung der Stadtfinanzen ist.

Direktion Soziales und Sicherheit

Oberle Fabio, Fraktion SP/JUSO: Wie bereits von Herrn Koller angekündigt, unterstützt die SP/JUSO-Fraktion den Entwurf des Gemeinderates und stellt deshalb für die Direktion Soziales und Sicherheit keine Änderungsanträge. Bei der DSS wurde etwa die Hälfte der im Rahmen von «Substance 2030» beschlossenen Sparmassnahmen bereits ganz oder teilweise umgesetzt. Insbesondere beim Erbschaftsdienst führte dies zu einem für uns schmerzhaften Stellen- und «Service publique»-Abbau. Nichtsdestotrotz steht die SP/JUSO Fraktion zum unterzeichneten Kompromiss und stimmt dem Budget zu. Dasselbe erwarten wir von den anderen Parteien. Dieses «Ansägen» und Strapazieren des Kompromisses auf bürgerlicher Seite muss deshalb aufhören und wir erwarten, dass sie Wort und Unterschrift halten und dem Budget zustimmen.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist mit dem Budget der BKS einverstanden, obschon im Budget Bildung, Kultur und Sport bereits Einsparungen gemäss «Substance 2030» (S. 54-55) vorgesehen sind. Insgesamt betragen die Einsparungen im Budget 2024 CHF 1'440'200. Ich will nicht die einzelnen Posten auflisten, aber es wird CHF 1 Mio. gespart, indem 38 Betreuungsplätze in den städtischen Kitas geschaffen werden, ohne die Betreuung zu erhöhen. Das ist ein sehr grosser Betrag und es gibt weitere solche Beträge, die ich nicht kommentieren will.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich kann mich an das Votum von Herrn Gerber erinnern, ich glaube an der letzten Stadtratssitzung, als er gegen Ende der Debatte zu einem Geschäft das Wort ergriffen und gefragt hat: «Ja wann wird dann hier einmal gespart, wir sparen ja nie? ». Und doch: Mit diesem Budget wird sehr viel gespart. Auch

bei der BEU sind insgesamt 12 Sparmassnahmen enthalten, davon recht substantielle wie zum Beispiel die Aufhebung der Zentralgarage oder der Schliessung des Friedhofs Bözingen für die Bevölkerung. Es gibt weitere Sparmassnahmen: Die öffentlichen Toiletten werden künftig nicht mehr sofort repariert oder auch der Winterdienst wird mit diesem Budget eingeschränkt. Das sind alles Massnahmen, die nach den letzten Volksabstimmungen in dieses Paket eingefügt wurden und die den Service Public schmerzen. Aber wir haben die Absichtserklärung unterzeichnet und erwarten von bürgerlicher Seite, dass diese eingehalten wird.

Gerber Andreas, FDP: Herr Kohler, das ist richtig und ich bin froh, sparen wir. In meinem Votum der letzten Sitzung ging es jedoch darum, bei einzelnen Geschäften nicht die Luxuslösung zu suchen. Das war mein Votum und nichts anderes. Ich bin sehr froh für jeden Rappen, den wir sparen, das tut unserer Kasse sehr gut. Ich wollte nur schnell den SP-Monolog unterbrechen, deshalb habe ich jetzt das Wort ergriffen.

Sonderrechnungen

keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** mit 37 Ja- zu 1 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen, den Stimmberechtigten ein Budget für das Jahr 2024 zu unterbreiten, das bei einem Aufwand von CHF 517.95 Mio. und einem Ertrag von CHF 517.17 Mio. für den Gesamthaushalt mit einem negativen Ergebnis von CHF 0.78 Mio. abschliesst.

1. Im Jahr 2024 werden folgende unveränderte Gemeindesteuern erhoben:
Das 1.63-fache der kantonalen Einheitssätze auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital).
2. Im Jahr 2024 wird eine unveränderte Liegenschaftssteuer, welche mit 1.5‰ des amtlichen Wertes veranschlagt wird, erhoben.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

Botschaft zum Budget 2024

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR:

Je vais tâcher de faire le travail en cinq minutes mais ça ne va pas être facile au vu de tout ce qu'il y aurait à corriger dans ce message. Je commence par la page 2 où l'on nous dit : « après des mesures comptables telles que les prélèvements sur les réserves et les financements spéciaux [...] ». Le PSR supprimer cette citation étant donné que cette information est déjà donnée à de multiples reprises. De plus cette information n'a pas sa place dans le message. Ensuite en page 3 nous souhaitons aussi supprimer dans le premier paragraphe la phrase: « depuis lors le Conseil municipal élabore une stratégie financière en étroite collaboration avec une commission du Conseil de ville. » Nous ne savons pas de quelle commission on parle et il serait bien qu'elle soit en place pour la mentionner.

Ensuite, dans le deuxième paragraphe mais aussi au troisième paragraphe de la page 3, au premier paragraphe de la page 8, au deuxième paragraphe de la page 13, il faudrait supprimer ou tout du moins corriger ces phrases qui disent constamment la

même chose, c'est-à-dire que le budget est uniquement équilibré à cause des mesures comptables qui étaient en fait obligatoires. Puis dans le cinquième paragraphe de la page 3, il est écrit : « Si des mesures ne sont pas prises, les capitaux propres sont épuisés en peu de temps et la ville de Bienne présentera un bilan déficitaire. » C'est une phrase beaucoup trop affirmative alors que l'on est dans des hypothèses. Le conditionnel dans cette phrase est vraiment souhaité. Puis en page 4, il est écrit : « alors que les capitaux propres diminuent, l'endettement continue de s'accroître, formant ainsi le montant significatif de l'excédent du bilan présenté ici. » Je ne comprends pas cette affirmation. Je croyais que les recettes augmentaient et donc il n'est pas logique de dire que les capitaux propres diminuent. Si les capitaux propres diminuent, où sont les preuves d'une telle chose. Je peux uniquement constater que Monsieur Feurer lui-même, dit dans la Presse que les recettes fiscales nous permettent d'avoir un regard positif sur l'avenir. Les finances devraient pouvoir s'améliorer sans augmenter les impôts. Il dit aussi que la situation financière restera bonne jusqu'en 2024.

Ensuite, on verra. Dans ces conditions-là, on trouve que cette phrase de la page 4 n'a rien à faire là. Dans le deuxième paragraphe de cette page 4, il faut supprimer: « En outre, des calculs révèlent qu'il faudra obtenir des flux de trésorerie positif issus de l'activité d'exploitation de près de 45 mio CHF, au cours des 2 à 3 prochaines années. Ceci, afin de pouvoir contrer les évolutions critiques en cours. » Il s'agit là aussi d'une hypothèse. Il est donc mieux d'utiliser le conditionnel ou de supprimer totalement cette phrase. En page 6, dans le premier paragraphe, il est dit que les institutions et les services publics peuvent continuer à tourner. Toutefois, il serait aussi bien de dire que ces institutions et ces services publics ont largement consenti aux sacrifices demandés. Il faudrait être honnête et mentionner qu'ils ont déjà fait des efforts pour le budget. Dans le troisième paragraphe de cette page 8 on dit : « elles tiennent notamment au besoin marqué d'investissements à rattraper, à la modification des règles d'imposition des entreprises et aux dépenses en constante augmentation de manière générale. »

Il faut supprimer cette phrase qui ne veut rien dire. Je sens que de toute façon ce que moi-même, je dis ne signifie pas grand-chose ici à la tribune. On ne peut de toute façon pas me suivre. Je regrette infiniment la façon de nous demander de faire notre travail. J'ai presque l'impression qu'on fait tout pour qu'on ne puisse pas faire notre travail. J'aimerais rappeler que chacun d'entre nous ici ou presque a un travail, un emploi pour gagner sa vie. On n'a pas forcément le temps de faire ça entre minuit et 6 heures du matin rapidement. Je trouve cela très désagréable. En conclusion, pour toutes ces raisons et d'autres qu'il ne m'est pas possible de dire avec le temps de parole imparti, le Groupe PSR demande la création d'une Commission de rédaction.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Der Antrag der PSR ist klar, es soll für die Botschaft zum Budget 2024 eine Redaktionskommission einberufen werden.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Frau Moeschler, Entschuldigung, ich finde es extrem unseriös, welches Votum von Ihnen jetzt vorgetragen wurde. Wir hatten mindestens drei Wochen Zeit, um Argumente oder auch Änderungen der Botschaft anzubringen. Die anderen Fraktionen haben ihre Anträge fristgerecht eingereicht. Es wäre schön gewesen, wenn Sie die Anträge schriftlich eingereicht hätten, damit wir Zeit gehabt hätten, diese lesen zu können. Ich finde dies schade und wir werden Ihren Antrag so wahrscheinlich ablehnen müssen.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Wir werden hoffentlich einer Redaktionskommission zustimmen. Auch mir ist bei der Lektüre aufgefallen, dass

einige Punkte sehr repetitiv sind und teilweise mit Hypothesen gearbeitet wird, was ich grundsätzlich nicht schlecht finde. In dem Sinn würde ich gerne dem Antrag der PSR zustimmen.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Moeschler, PSR, eine Redaktionskommission für die Botschaft zum Budget 2024 einzusetzen.

Der Antrag wird angenommen.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich bitte die FraktionspräsidentInnen vor der Pause bei mir vorbeizukommen, um die Redaktionskommission zu organisieren.

Suter Daniel, PRR: Si on instaure une Commission de rédaction, il faudrait aussi préciser si elle a compétence de décider ou si elle fait une proposition au Conseil de ville afin de décider du contenu de ce message. J'imagine que la compétence de décision sera attribuée à la Commission de rédaction. J'entends que ce message est mis en cause dans une amplitude et dans des détails que je n'ai jamais vu en presque 14 ans de Conseil de ville. Il faut en fait reformuler ce message dans sa totalité. Je ne m'imagine pas que cette commission de rédaction, qui sera formée d'une majorité de gauche, décide seule de son contenu. Il faut aussi savoir qu'en principe, c'est quelque chose de très technique, c'est souvent l'administration qui élabore ce document. Cette réaction est compréhensible mais elle nous paraît démesurée. De plus, cette formulation du message ne changera pas le résultat de la votation populaire sur ce budget. Soyez raisonnable, revenez sur cette décision. Soyez tolérant aussi et laissez ce message ainsi en y ajouter ou précisant les éléments pour et contre.

Koller Levin, SP: Herr Suter, in der Redaktionskommission geht es um eine technische Ausformulierung der Botschaft, das ist kein politisches Dokument. Der Inhalt sollte schlussendlich einfach korrekt sein und etwelche Fehler sollen behoben werden. Es ist richtig, dass es die Redaktionskommission in Ruhe anschaut, aber irgendwie läuft das Ganze auf ein politisches Geplänkel hinaus und das finde ich ein bisschen absurd.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Geschäftsordnung des Stadtrats (Art. 56) besagt, dass, wenn der Stadtrat der Redaktionskommission die Aufgabe der Bearbeitung der Botschaft überträgt, er gleichzeitig auch darüber beschliesst, ob der überarbeitete Text dem Stadtrat nochmals vorgelegt werden muss.

Tennenbaum Ruth, Passerelle:

Zeitlich wird das nicht gehen, dass wir diese Botschaft noch mal hier im Rat im November beschliessen. Ich beantrage, dass die Redaktionskommission abschliessend über den Text beschliessen kann. Es werden ja die verschiedenen Fraktionen dort vertreten sein. In dem Sinn ist das ausgewogen. Es geht ja nicht darum, eher noch politische politisches Geplänkel zu machen, sondern einfach die Richtigkeit der Aussage zu validieren und die Argumente, die da noch auf dem Tisch liegen sowie die pro und contra zu überprüfen und so weiter.

Abstimmung

- über den Antrag von Ruth Tennenbaum, dass die Redaktionskommission abschliessend über den überarbeiteten Text der Botschaft zum Budget 2024 beschliessen kann

Der Antrag wird angenommen.

7. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20230254, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Nutzung Oberes Ried»

Tanner Anna, SP: Letzte Woche erschien ein Zeitungsartikel zum Thema der weiteren Nutzung vom «Oberes Ried». Da der Verein «Hospiz Biel/Bienne» auch eine Anfrage zur Nutzung eingereicht hat und nun plötzlich diese Mitteilung veröffentlicht wurde, werden viele Fragen aufgeworfen und wir benötigen so rasch als möglich Antworten.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20h05 - 21h05

Loderer Benedikt. Stadtratspräsident: Die Mitglieder der Redaktionskommission für die Botschaft Budget 2024 sind bestimmt: Als Präsident Herr Rüber (Grünes Bündnis), als weitere Kommissionsmitglieder Frau Tanner (SP/JUSO), Frau Moeschler (PSR), Andreas Sutter (FDP) und Stefan Maurer (SVP). Dieselbe Kommission wird auch für das Geschäft 20170168 «Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Energievorschriften» eingesetzt.

Ordnungsantrag

Zumstein Joël, SVP: Ich stelle den Ordnungsantrag, dass das Geschäft 20230037 «Budget 2024» erledigt ist und mit der vorherigen Abstimmung keine weiteren Diskussionen mehr notwendig sind.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Zumstein, SVP, das Geschäft 20230037 «Budget 2024» als erledigt abzuschliessen.

Der Antrag wird angenommen.

8. 20230037 Finanzplan 2025-2027 (Planjahre 2024 – 2027 und Investitionsplanung 2024 – 2033)

Scheuss Urs, GPK: Die GPK dankt für den Bericht und die Ausführungen zum Finanzplan 2025 bis 2027. Wir nehmen den Finanzplan lediglich zur Kenntnis und es ist gut, beschliessen wir ihn nicht, denn wir wollen nicht dahin, wo dieser Finanzplan hinführt. Der Finanzplan zeigt im Wesentlichen auf, wie sich die finanzielle Situation in den nächsten vier Jahren entwickeln wird. Aber es ist eigentlich kein Plan in dem Sinn, sondern vielmehr ein Szenario, wie sich die Finanzen unter gewissen Annahmen entwickeln könnten. Diese Annahmen sind im Bericht zum Finanzplan beschrieben und zum Teil optimistisch. Beim Personalaufwand wird davon ausgegangen, dass es kein Stellenwachstum geben wird und im Sachaufwand keine Teuerung. Ansonsten werden die aktuellen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen fortgeschrieben. Die Steuereinnahmen nehmen leicht zu. Das Investitionsvolumen wurde bereits reduziert und ebenfalls fortgeschrieben.

Aufgrund dieser Annahmen können wir sagen, der Finanzplan zeigt ein optimistisches «weiter wie bisher»-Szenario. Das Ergebnis dieses Szenarios ist allerdings nicht optimistisch. Es zeigt, dass die Sondereffekte aus der Auflösung der Neubewertungsreserven Finanzvermögen und ESB sowie die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens ab 2027 nicht ausreichen, um den Haushalt auszugleichen. Ab diesem Zeitpunkt müssten durch die kantonalen Vorschriften Sanierungsmassnahmen ergriffen werden und sollten diese nicht genügen, legt der Regierungsrat das Budget fest. Es braucht also Gegenmassnahmen, um diese Situation zu verhindern. Wir sind der Meinung, dass dies die zentrale Botschaft des Finanzplans des Gemeinderats ist. In der GPK haben wir einerseits diskutiert, inwiefern das Ergebnis im Jahr 2027 realistisch ist, da über die Jahre hinweg die Streuung zunimmt und sich die eine oder andere Annahme nicht so wie vermutet bestätigen wird. Weil wir nur ein Szenario ohne Streuungen präsentiert erhalten haben, können wir dies nicht einschätzen und dazu braucht es noch vertiefere Analysen. Andererseits wurde in der GPK diskutiert, ob der Gemeinderat im Finanzplan nicht hätte konkrete Sanierungsmassnahmen aufzeigen sollen, die beschlossenen «Substance 2030»-Massnahmen hat er bereits berücksichtigt, aber offenbar genügen sie nicht.

Davon abgesehen bleibt der Gemeinderat aber vage und spricht von der Bedeutung steigender Steuereinnahmen, der Begrenzung der Verschuldung und vom Überarbeiten des Investitionsprozesses. Vorgesehen ist ein Haushaltssanierungsprogramm zu welchem vielleicht Herr Feurer noch etwas sagen kann, mehr als in der Zeitung zu lesen war. Das Schweigen des Gemeinderats im Bericht zum Finanzplan kann auch so verstanden werden, dass er dem kommenden Prozess zur Erarbeitung der Haushaltssanierung nicht vorgreifen will. Die Absicht ist, die Haushaltssanierung zusammen mit den Fraktionen zu erarbeiten, um zu einem breit abgestützten Ergebnis zu kommen, was viel Arbeit bedeutet. Dies hat die Debatte zum Budget gezeigt: Die Erhöhung der Betriebskosten für den Unterhalt der städtischen Liegenschaften ist eine konkrete Massnahme, die langfristig von Bedeutung ist. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Stadt Biel den Unterhalt vernachlässigt. Die Unterhaltskosten betragen lediglich 0.3 % des Wertes des Liegenschaftsbestands, müssten aber mindestens 1 % sein. Wird der Unterhalt vernachlässigt, folgen daraus teure Investitionen. Immerhin plant der Gemeinderat mehr für den Unterhalt auszugeben, aber das Mindestniveau wird nicht erreicht. Bemerkenswert ist schliesslich, dass über 90 % der Investitionen Ersatzinvestitionen sind. D. h. wir investieren immer weniger dort, wo wir wollen, sondern dort, wo wir müssen.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Ich begrüsse es sehr, dass neu die Hypothesen, von denen der Gemeinderat für die Entwicklung in den kommenden drei Jahren ausgeht, explizit und tabellarisch aufgeführt werden. Das erleichtert meines Erachtens die Lektüre wesentlich. Der Eindruck, den der vorliegende Finanzplan macht, ist der folgende: Wir benötigen eine Haushaltssanierung, sonst ist die Party 2027 vorbei. Ähnlich wie beim Budget stellten wir uns die Frage, auf was dieser Umstand zurückzuführen ist. Aufwandseitig fallen folgende drei Punkte ins Gewicht: Der Personalaufwand nimmt durch den Teuerungsausgleich und die Lohnanstiege zu und führt zu einem jährlichen Wachstum von 2 %, ohne dass zusätzliche Stellen geschaffen werden. Erklärbar scheint uns die Entwicklung der Zinsen, jedoch unter dem Vorbehalt, dass die pessimistische Vorhersage tatsächlich eintrifft, d. h. unter der Annahme des starken Schuldenanstiegs und der hohen Fremdkapitalzinsen. Die Abschreibungen nehmen ebenso laufend zu. Jedoch könnte es sein, dass vielleicht ab 2028 das altrechtliche Verwaltungsvermögen, welches aktuell mit CHF 12 Mio. pro Jahr abgeschrieben wird, wegfällt. Demgegenüber ist die Zunahme des Sach- und Betriebsaufwands eher tief veranschlagt.

Etwas verwirrt sind wir über den Posten Finanzausgleich und Steuern. Der Gemeinderat geht beim Lastenausgleich von einer aufsummierten Verschlechterung von ca. CHF 6.5 Mio. bis im Jahr 2027 aus. Gleichzeitig und unter denselben Prämissen in Bezug auf das Bevölkerungswachstum geht er von einem Mehrertrag bei den natürlichen Personen von CHF 5.5 Mio. aus. Wenn dies korrekt ist, würde das bedeuten, dass die Stadt für jeden Franken, den sie zusätzlich wegen höheren Einkommen und Bevölkerungswachstum einnimmt, mehr als einen Franken an den Kanton abliefern muss. Das ist ein sehr pessimistisches Ergebnis. Ein Vergleich mit den vergangenen Rechnungsabschlüssen zeigt, dass im Dreijahresschnitt nur weniger als 1/5 des Ertragszuwachses bei den natürlichen Personen über den Lastenausgleichsausgleich an den Kanton bezahlt werden musste. Eigentlich gibt es da drei Möglichkeiten: Entweder sind die Erträge bei den natürlichen Personen zu tief, was ich nicht glaube, da sich diese gut im Voraus berechnen lassen, oder die Abgaben in den Lastenausgleich werden zu hochgeschätzt. Die dritte Möglichkeit ist, dass das System zu Ungunsten der Stadt Biel funktioniert und das würde mich sehr pessimistisch stimmen. Ebenfalls etwas befremdlich finden wir die CHF 11 Mio., die 2027 für die Sanierung – hauptsächlich eine Bodensanierung – eines Schiessstands anfallen, die scheinbar einer gesetzlichen Verpflichtung entspricht. Diesen Betrag finde ich hier fehl am Platz, da in der Tabelle, die die Entwicklung aufzeigt, laufende Aufwände und Erträge resp. deren jährliche Veränderung dargestellt werden. Einmalige Zahlungen für Investitionen sind darin normalerweise nicht enthalten.

Leider ist es so, dass, wenn wir mit den präsentierten Zahlen ein optimistisches Szenario berechnen möchten, sich das Ergebnis am Schluss trotzdem verschlechtert. Ein Argument wäre, dass die Finanzerträge nicht prognostiziert sind, wenn wir zum Beispiel neue Baurechte beschliessen. Andererseits sind weitere Verluste auch nicht aufgeführt, wie zum Beispiel der Verlust bei der Pauschalabgeltung von Zentrumslasten, die uns ab 2025 drohen. Unsere Schlussfolgerung ist deshalb klar: Wenn wir uns aus diesem Teufelskreis befreien wollen, benötigen wir eine Erhöhung der Steueranlage. Damit besteht die Möglichkeit, dass die Bevölkerungsentwicklung die zusätzlichen Aufwände, die anfallen, auffangen kann. Einmalige Sparübungen verbessern das Betriebsergebnis, das ist klar, jedoch nur kurzfristig. Wenn die Steueranlage zu tief ist, finden wir uns nach ein paar Jahren wieder in derselben Situation. Das ist zwar politisch vielleicht lukrativ, da wieder über die Finanzen debattiert werden kann, wohl aber nicht wünschenswert für die Stadt. Die Fraktion Alliance Verte Wert setzt grosse Hoffnung in den Prozess, der dieses Jahr begonnen

hat und wir nehmen Kenntnis vom Finanzplan und bedanken uns bei der zuständigen Direktion für die Erarbeitung des Berichts sowie die Beantwortung der Fragen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Tout d'abord, je souhaite remercier le Conseil municipal et l'administration d'avoir préparé ce dossier. Comme je l'ai déjà évoqué de manière assez large dans le cadre du budget, nous pouvons constater que la Ville va droit dans le mur. Les réserves sont bientôt vides. Le milliard de dettes, bientôt atteint. L'excuse d'attendre la stratégie financière est quelquefois évoquée pour cet immobilisme total jusqu'au budget 2026. Il n'y a pas 36 solutions. Il faut augmenter le degré d'autofinancement aussi par des réductions de charges. Là aussi, il ne s'agira pas de couper aveuglement toutes les subventions. Les gros blocs de charges sont ailleurs. Les tâches non-obligatoires doivent être priorisées. Si vous interrogez les experts en finances publiques et non les politiques, ils vous diront que la seule manière d'avoir des finances saines est de maîtriser les dépenses, ce qui n'est pas fait depuis longtemps. Le Directeur des finances a expliqué tout à l'heure, qu'il n'y a aucune mesure d'économie hors paquet, donc jusqu'au budget 2026. Nous ne pouvons que le regretter. J'espère qu'au moins certaines directions feront l'effort afin d'avoir des résultats meilleurs que prévus dans les comptes. Les partis se sont mis d'accord sur le principe 1:1. J'espère que nous parlons tous d'un point de départ au budget 2023 et non de la situation dégradée en 2024 ou 2025.

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Im Rahmen der runden Tische der GPK und den Fraktionspräsidien in den letzten Monaten wurde gelegentlich die Frage aufgeworfen, ob der ganze Prozess zur Haushaltssanierung überhaupt notwendig sei. Ich denke, die Finanzplanung gibt darauf leider eine eindrückliche Antwort. Das operative Ergebnis der Stadt entwickelt im Planungszeitraum von 2025 bis 2027 ein Defizit von CHF 42 Mio. auf CHF 48 Mio. zu CHF 70 Mio. Dies sind mehr als 10 Steuerzehntel. Die Investitionen werden komplett ohne Eigenfinanzierung erfolgen und für die Fraktion GLP+ ist es unbestritten, dass wir investieren müssen. Wie der Planung zu entnehmen ist, hat diese Entwicklung zur Folge, dass die Verschuldung der Stadt voraussichtlich 2027 die Grenze von CHF 1 Mia. erreichen wird. Dies hat zur Folge, dass die Deckung unserer Defizite, die Spezialfinanzierung Buchgewinne aus Liegenschaften – unser liebster Notanker – ebenfalls bis 2027 geplündert und leer sein wird. Ich möchte den Aspekt Finanzierungsergebnis herauspicken, denn es war für die Stadt in den letzten Jahren jeweils positiv und es hat dazu beigetragen, das betriebliche Defizit, welches aus der städtischen Verwaltungstätigkeit resultiert, zu verkleinern. Dies wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich wegfallen und sich ins Gegenteil drehen. Ich hoffe, Sie haben alle die Ausführungen dazu im Bericht auf Seite 24, 25 und 27 gelesen.

Dadurch, dass wir unsere Investitionen vollständig mit Verschuldung finanzieren müssen und Geld nicht mehr gratis zur Verfügung steht, sondern die Stadt mit einem Zins von 3 - 4 % rechnet, werden die Finanzaufwände in den kommenden Jahren deutlich steigen. Gemäss der Planung sollen diese von aktuell CHF 18 Mio. bis 2027 auf mehr als CHF 30 Mio. ansteigen. Gemäss Finanzplan wird der Finanzierungserfolg ab 2026, vielleicht auch ein Jahr später, negativ ausfallen und der ganze Finanzteil wird nichts mehr dazu beitragen, das betriebliche Defizit der Stadt zu verkleinern. In der heutigen Debatte zum Budget 2024 wurde mehrmals erwähnt, dass pessimistisch budgetiert und geplant werde. Ich hoffe, dass es so ist, denn wenn diese Planung ernsthaft genauso eintrifft, dann wird es zappenduster. Denn wie dem Bericht zu entnehmen ist, wurde z. B. der Sachaufwand in dieser Planung ohne Teuerung berechnet. Wie wir alle wissen, ist dies eine aktuell nicht realistische Annahme. Die Fraktion GLP+ nimmt mit einem sehr mulmigen Gefühl Kenntnis vom Finanzplan 2025 - 2027.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Dieser Finanzplan liest sich wie ein Schauernmärchen. Die Prognosen sind düster, für 2027 wird ein Defizit von CHF 70 Mio. vorgesehen. Das ist viel und würde dieses Ergebnis eintreffen, Herr Briechle hat es schon ähnlich gesagt, wäre das für unsere Stadt eine Katastrophe. Es stellt sich die Frage, wie viel Realität und wie viel Märchen beinhalten diese Prognosen? Der Gemeinderat hat, wie immer bei der Erarbeitung des Finanzplans, eine Modellierung der wichtigsten Einflussfaktoren vorgenommen und darauf basierend eine Prognose für die finanzielle Lage der Stadt Biel erstellt. Solche Modellierungen basieren immer auf Annahmen und je nach Annahme unterscheiden sich die Ergebnisse sehr stark. Dies kenne ich sehr gut, denn es ist Teil meines Berufs, in verschiedenen Themenbereichen zu modellieren. Aufgrund meiner Erfahrung frage ich mich, wie realistisch sind diese Annahmen und wie viel politische Märchenstunde steckt dahinter, um den Spardruck hochzuhalten. Ehrlich gesagt, die SP/JUSO-Fraktion zweifelt an diesen Prognosen. Wir anerkennen, dies habe ich immer wieder gesagt, dass wir eine Budgetverbesserung brauchen und das Einnahmenproblem lösen müssen. Der Finanzplan ist noch einmal eine deutliche Steigerung, weshalb ich drei Beispiele hervorheben möchte, bei welchen wir die Prognosen für unrealistisch halten. Beginnen wir mit den Steuererträgen der natürlichen Personen, die ich bereits bei der Diskussion zum Budget kurz angesprochen habe: Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Steuererträge der natürlichen Personen zwischen 2022 und 2024 nicht ansteigen, sondern leicht sinken werden, obwohl wir im 2022 eine Teuerung von 3% und Ende 2023 voraussichtlich von 2% erleben werden. Selbst wenn die Einkommen der EinwohnerInnen unserer Stadt nur zur Hälfte der Teuerung angepasst würden, sollte in diesen Jahren ein teuerungsbedingter Anstieg der nominalen Einkommen und damit der Steuereinträge von 2.5% erfolgen. Hinzu kommt das Bevölkerungswachstum und der Trend von neuen EinwohnerInnen mit höherem Einkommensniveau. Wir schätzen es deshalb nicht als wahrscheinlich ein, dass unter diesen Umständen die Steuererträge über zwei Jahre hinweg konstant bleiben und sie lediglich um 1.2% jährlich steigen. Nicht wie in den letzten 12 Jahren, als die Steuererträge um 2.1% jährlich angestiegen sind, in den letzten fünf Jahren waren es sogar 2.7% jährlich.

Als zweites Beispiel nennen wir die Fremdkapitalkosten: Der Gemeinderat geht von Fremdkapitalzinsen von 4% aus. Diese Annahme ist ebenfalls ziemlich pessimistisch, denn aktuell liegen die Zinsen bei 2 - 2.5%, wie ich auf Anfrage vom Finanzdirektor erfahren habe. Die Inflation beträgt in der Schweiz zurzeit weniger als 2% und liegt damit im Zielbereich der Nationalbank. Aktuell besteht kein Grund für weitere Zinsanstiege der schweizerischen Zentralbank, zumal die grösste Gefahr der Teuerung zurzeit von den Mieten ausgeht. Die Mieten würden bei weiteren Zinserhöhungen zusätzlich ansteigen. Nun zum dritten Beispiel, dem Finanzertrag: Herr Rüber hat dieses Thema kurz angesprochen. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Erträge aus dem Finanzvermögen künftig jedes Jahr CHF 27.7 Mio. betragen werden und damit konstant bleiben. Mit anderen Worten würde dies bedeuten, dass die Stadt Biel in den kommenden Jahren kein einziges Baurecht neu abschliessen oder erneuern wird und den Zinsanstieg in den bisherigen Baurechtsverträgen nicht geltend machen würde. Beides ist sehr unrealistisch. Das sind nur drei Beispiele, um zu zeigen, dass die Prognosen des Gemeinderats nur gewisse Aspekte berücksichtigen und deshalb kaum realistisch sind. Die Defizite werden nicht oder zumindest kaum in diesem Umfang ansteigen.

Statt diesen Horror-Prognosen wäre es für uns ParlamentarierInnen wichtig zu wissen, wie sich die Bieler Finanzen mit realistischen Annahmen entwickeln werden. Dies ist zentral, damit wir den Handlungsbedarf realistisch abschätzen und darauf basierend vernünftige politische Entscheide fällen können, denn wir sind uns ja einig, dass wir

etwas unternehmen müssen. Wir brauchen dafür aber auch realistische Zahlen, auf die wir bauen und vertrauen können und nicht den absolut unrealistischen «worst case». Zum Schluss möchte ich dennoch eine Sorge aussprechen: Die Entwicklung der Steuereinnahmen der juristischen Personen. Der Gemeinderat geht davon aus, dass diese sich bis ins Jahr 2025 auf CHF 21 Mio. senken und sich danach bei CHF 24 Mio. einpendeln. Im Vergleich mit den Erträgen im 2022 mit CHF 37 Mio. ist dieser Rückgang markant und es fragt sich, ob dies realistisch ist. Jedoch sind darin eben diese Einmaleffekte enthalten. Offenbar rechnet der Gemeinderat damit, dass die neuen Steuergesetze des Kantons einen Teil ihrer Wirkung entfalten werden. Beides sollte uns zu denken geben.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Ce plan financier 2025-2027 est une vision d'avenir à moyen terme et n'est pas arrêté de manière contraignante. Le Groupe PSR a étudié attentivement ce dossier et, je dois l'avouer, il a provoqué de nombreuses questions et des réactions d'étonnement. Il faudrait pouvoir développer plus précisément, mais le temps imparti de 5 minutes ne va pas permettre d'en faire le tour. Je resterai donc dans une globalité. Le plan financier doit être pris de manière très prudente lorsqu'on lit le grand écart du déficit budgétaire probable entre 28 mio CHF et 50 mio CHF par année mis à la charge de l'excédent ou du découvert du bilan. On reste quand même encore plus prudent que ça, mais est-ce qu'on peut se fier à un outil à un outil de pilotage tel que celui-ci avec de grandes différences. La projection a été faite sur la quotité d'impôts actuelle de 1.63. Dans ce plan, on lit à plusieurs reprises que la dissolution des réserves est catastrophique pour l'avenir. Mme Moeschler en a parlé tout à l'heure mais nous devons dissoudre ces réserves. Elles ont été prévues pour être dissoutes. Est-ce que d'autres réserves sont prévues ou d'autres moyens financiers pour pallier les manques à venir? Parce que cela devrait l'être dans un plan financier.

Pourquoi ne pas prendre plus en compte la tendance démographique à la hausse de la population biennoise de ces dernières années qui génère des émulations de toutes sortes, des revenus fiscaux supplémentaires non négligeables. Il faudrait absolument mettre à profit cette vague prometteuse en termes de promotion et de dynamique économique puis en investissant là où ça devrait l'être. Il est clair aussi que cette augmentation génère des charges et qu'il faut en tenir compte mais ça génère aussi des emplois et une effervescence d'activités diverses qui favorise l'essor de la Ville. On n'arrête pas d'alerter l'atteinte probable du milliard de déficit de la Ville mais on ne parle jamais de la valeur totale du parc immobilier biennois qui s'élève à plus d'un milliard lui aussi. Il faut absolument investir dans l'entretien de ce parc immobilier comme cité à la page 11 du manuel. Dans la stratégie d'investissement de la ville, il est prévu de revoir les processus d'investissement et les investissements globaux afin d'assurer la pérennité financière de la Ville, tout en réalisant des investissements favorisant son développement économique et social. Le plan d'investissement actuel prévoit une limite de 30 mio CHF. Pour rappel, cette limite a été fixée dans les mesures d'économie Substance, et s'élevait à 40 mio CHF avant.

Il est curieux d'oublier systématiquement de rappeler toutes les mesures d'économie Substance déjà prises dans ce plan. Les chiffres présentés ne contiennent pas toujours ces mesures. Le PSR encourage vivement les investissements indispensables dans les rénovations des biens immobiliers ainsi que la priorisation des investissements. Ce qui nous a aussi dérangé, c'est la morcellisation des présentations. Ne pourrait-on pas avoir un état de la situation clair qui prend en compte tous les éléments afin d'avoir un topo transparent de la situation réelle biennoise ? Dans ce plan financier, vous parlez d'une imposition minimale de 15% dès 2024. Quels en seront les impacts pour les

finances de la Ville? Ont-ils été indiqués quelque part dans ce plan prévisionnel ? Pour le PSR, l'autofinancement à 100% est vraiment une mauvaise stratégie. C'est une utopie et c'est quelque peu dogmatique. Encore une fois dans le plan financier, des priorités ont été fixées. Pouvez-vous nous dire quels sont les délais pour les priorités? Donc les priorités principales, on espère que ça arrivera assez rapidement mais pour les suivantes quels sont les délais et cela surtout pour les dernières ? Ce plan est pessimiste et austère mais nous pouvons le comprendre au vu de la situation financière de la Ville. Toutefois, il nous apparaît quand même que bon nombre d'éléments positifs ont juste été évoqués sans avoir été réellement pris en compte. C'est dommage parce que cela fausse peut-être aussi les perspectives. Malgré toutes ces questions et remarques à prendre en compte, nous souhaitons qu'à l'avenir avoir un plan financier plus facilement lisible, contenant toutes les informations et surtout éviter toute remarque et avis tendancieux. Nous souhaitons une plus grande rigueur et plus d'honnêteté intellectuelle dans les présentations futures. Nous vous remercions pour la présentation de ce plan financier 2025-2027 qui est conséquent. C'est un outil indispensable pour la conduite financière qui, nous l'espérons, sera perfectible à chaque nouvelle édition afin de trouver un meilleur équilibre.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nimmt Kenntnis des Berichtes zum Finanzplan bis ins Jahr 2027 und das mit grosser Besorgnis. Es handelt sich um einen Plan und natürlich weist dieser Unsicherheiten auf und wir können auch mit diesem Finanzplan die Zukunft nicht vorhersagen. Nichtsdestotrotz: Die Kritik in den vorgängigen Voten teilen wir nicht. Wir sind dankbar, dass wir ein Instrument zur Verfügung haben, welches uns die Tendenzen aufzeigt und wohin es führen würde, wenn wir keine Massnahmen ergreifen. Wir vertrauen in die Expertise und das Fachwissen der Finanzdirektion und danken in dem Sinne für die Erstellung und Erarbeitung des Berichts. Die Planerfolgsrechnungen weisen für die kommenden Jahre ein jährlich immer grösser werdendes Loch auf. Bis 2027 werden es CHF 60 Mio. sein. Es geht nicht darum, ob es schlussendlich CHF 59 Mio., CHF 61 Mio., CHF 55 Mio. oder CHF 65 Mio. sind, aber es ist beunruhigend, dass sich der Betrag im Vergleich zu heute von CHF 30 Mio. verdoppelt. Bezüglich Investitionsbedarf können wir ein stetig wachsendes Bedürfnis nach Investitionen feststellen. Im 2028 würden rund CHF 120 Mio. für Investitionen benötigt, keine Wunschinvestitionen und -projekte, der Grossteil dieses Geldes wird für die Prioritäten 1 bis 3 gebraucht und ist entweder in der Ausführung, genehmigt oder zwingend notwendig.

Es ist offensichtlich, dass wir diese Investitionen nicht mit betrieblichen Mitteln finanzieren können. Wir stellen nicht in Frage, dass es diesen Investitionsbedarf braucht. Es geht zum grossen Teil um die Infrastruktur, die unterhalten werden muss. Wir müssen sie erhalten, das ist wichtig und die Notwendigkeit haben wir anhand vergangener Projekte gesehen. Aber wie in der vorangehenden Diskussion zum Budget bereits erwähnt, liegen wir mit dem budgetierten Betrag zu tief und wir werden als Folge mit Verpflichtungskrediten für eine Sanierung wie z. B. dem Schulhaus Platane überrascht. Das ist unschön und sollte vermieden werden. Aus diesem Grund müssen die Zahlen im Voraus bestmöglichst geschätzt und entsprechend budgetiert und geplant werden. Denn eine steigende Verschuldung ist die einzige logische Schlussfolgerung, wenn wir nicht mit betrieblichen Mitteln finanzieren können. Es führt zu einer jährlichen zusätzlichen Belastung mit zusätzlichen Zinskosten. Es verbleiben dadurch weniger Mittel für weitere Investitionen, die wiederum fremdfinanziert werden müssen, daraus folgen Mehrzinskosten etc. Die Spirale dreht sich enger und wir giessen noch mehr Öl in das bereits brennende Feuer, dies aufgrund der aktuell steigenden Zinssätze...wir können nicht beurteilen, ob sie weiter ansteigen oder nicht. Sie sind höher als in den letzten paar Jahren und luxuriös genutzt werden konnten. Das

ist gefährlich. Wir müssen diese Entwicklung im Auge behalten und wir sprechen dabei nicht davon, dass wir eigentlich die Verschuldung senken möchten, sondern sie darf nicht noch grösser werden, das ist die anzustrebende Minimalvariante. Wir stellen also fest, dass eine nachhaltige Sanierung der Finanzen der Stadt unumgänglich ist und den vorherigen Voten entnehme ich im grossen und ganzen allgemeine Einigkeit darüber. Wie wir eine Lösung werden finden können, in dem Punkt sind wir uns nicht einig und werden uns die Köpfe zerbrechen müssen.

Das wird uns noch eine Weile beschäftigen und wird kein einfaches Unterfangen sein. Als potenzielle Lösung, so habe ich den Eindruck, werden immer wieder Steuererhöhungen als einfachstes und schnellstes Mittel genannt, mit welchem wir alle finanziellen Blessuren von heute auf morgen einfach so heilen könnten. Ich glaube, das ist eine falsche Annahme und darf nicht einfach so ohne zu hinterfragen angenommen werden. Insbesondere aus bürgerlicher Sicht ist es unabdingbar, dass wir nicht denken, mit Steuererhöhungen sei das Problem gelöst. Wir müssen unbedingt die Ausgabenseite genau unter die Lupe nehmen. Wir appellieren an einen lösungsorientierten Entscheid und lösungsorientierte Diskussionen der politischen Organe und sind auf die Mithilfe von allen angewiesen, nicht nur im Stadtrat, sondern auch in der Verwaltung und allen anderen Organisationen, die finanziell mit uns in Verbindung stehen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der Stadtpräsident hat mir gerade zugeflüstert, dass erstaunlicherweise diese Diskussion fast vertiefter abläuft als beim Budget. Es ist vielleicht tatsächlich erstaunlich, aber es geht natürlich hier ein bisschen mehr um die Wurst als es beim Budget gegangen ist. Es geht um die Frage, wie unsere Zukunft jetzt wirklich aussieht und wer recht behält, wenn wir in vier Jahren wieder darüber diskutieren werden: Der Gemeinderat, die linke oder die rechte Parlamentshälfte. Ich würde mit Ihnen um viel wetten, dass niemand von uns recht haben wird, denn es wird wahrscheinlich anders kommen als angenommen. Aber jetzt zum Finanzplan und den von uns getroffenen Annahmen: Ich möchte auf die «Substance 2030»-Diskussionen zurückkommen, bei welchen auch Annahmen getroffen wurde. Es wurden Szenarien mit der Unterstützung von PricewaterhouseCoopers (PwC) kreiert und dazumal wurde kritisiert, dass PwC falsche Annahmen getroffen hat. Tatsächlich: Sie haben im Personalaufwand ein Wachstum von rund einem Prozent und beim Sachaufwand von 0.3% vorausgesehen.

Und wir müssen schon heute aufgrund der Entwicklung der Kostenarten sagen, dass, verglichen mit der Kostenentwicklung der Stadt Biel in der Vergangenheit, dies sehr zurückhaltende Annahmen waren, die nichts mit der Realität zu tun haben. Wir wollten nicht in dieselbe Richtung gehen und haben die Annahmen beim Wachstum höher angesetzt, aber sie bei den Kostenarten im Aufwand in der Regel auch unter den historischen Werten angesetzt. Der Personalaufwand inklusive Budget 2024 hat in der Vergangenheit im Schnitt rund 5% pro Jahr zugenommen, wir gehen im Finanzplan von einem Wachstum unter 2% aus, also befinden wir uns mit der Wachstumsprognose hinter den historischen Wachstumsraten, auch bei anderen Kostenpositionen. Ich denke, es ist wichtig, dass Sie sich dessen bewusst sind. Der Gemeinderat hat nicht einfach fortgeschrieben und so weitergemacht, wie bisher. Im Sachaufwand, dies ist auch erwähnt worden, haben wir eine einmalige Sanierung von Schiessständen enthalten, die wir nicht anders als über den Sachaufwand verbuchen können, weil sie zu keiner nachhaltigen Wertvermehrung führt.

Das führt effektiv zu einem ziemlich starken Wachstum, ist jedoch einmalig und ohne diesen Posten befinden wir uns deutlich unter den vergangenen Werten. Mit der Frage

der Beurteilung resp. der Abschätzung der Finanzertragsentwicklung waren wir zurückhaltend; dies wurde von der Fraktion SP/JUSO angesprochen und es stimmt. Wir haben im Finanzplan an sich nur eingestellt, was cash-wirksam ist, d.h. alle Buchgewinne, die nicht cash-wirksam sind, sind im Finanzplan nicht enthalten. Weshalb? Für die Entwicklung oder den Einfluss auf die Erfolgsrechnung sind nicht-buchwirksame Gewinne durchaus relevant, da sich die Frage stellt, wann das Eigenkapital aufgebraucht ist. Uns ist es aber eigentlich um eine Cash-Betrachtung gegangen. Wir wollten wissen, wohin wir steuern, was die weitere Verschuldung und den weiteren Liquiditätsbedarf betrifft. Deshalb haben wir, so weit möglich und sinnvoll, solche Positionen nicht in den Finanzplan aufgenommen. Abschreibungen sind natürlich drin, obwohl auch nicht cash-wirksam, da sie so wichtig sind und nicht auf der Seite gelassen werden können.

Ein weiteres Thema war die Steuerentwicklung, welche für die natürlichen Personen einfacher einzuschätzen ist und wo wir nach meinem Verständnis pro Jahr ein Wachstum von ca. 1.8% festgestellt haben. Dies entspricht meiner Meinung nach einem durchschnittlichen Wachstum der vergangenen Jahre. Was die juristischen Personen betrifft, besteht mehr Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einnahmensentwicklung. Dazu kommt per 1. Januar 2024 eine einmalige Situation, wie sie bisher nie vorhanden war: Die Einführung der Minimalbesteuerung OECD. Diese führt dazu, dass landesweit grössere Firmen in den Jahren 2022/2023 Reserven auflösen und die Gewinne künstlich erhöhen. Somit fallen die Steuererträge in diesen beiden Jahren höher aus, als aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet wurde. Wir wissen nicht, ob die beiden in Biel ansässigen Firmen dieselbe Strategie verfolgen und ich versuche, dies herauszufinden. Sie werden uns jedoch die Antwort nicht auf dem Präsentierteller überreichen. Die Akontorechnungen werden im Folgejahr noch basierend auf dem Vorjahresergebnis gestellt und erst zwei Jahre später besteht die effektive Gewissheit darüber, welche Zahlen korrekt sind.

Wir gehen davon aus, dass die Jahre 2022/2023 durch dieses steuersystematische Ereignis überdurchschnittlich hohe Steuererträge ausweisen werden und diese ab 2024, spätestens 2025 deutlich rückläufig sein werden. Aber das sind im Moment lediglich Annahmen, welche wir durch den Wissensaustausch mit entsprechenden Fachleuten, die auf nationaler Ebene beratend tätig sind, treffen können. Die Aussage, der Finanzplan sei ein Schauermärchen, da frage ich mich, wer denkt, dass der Gemeinderat Freude an Märchen hat? Diese Fragen gehen immer wieder in dieselbe Richtung: Überlegt sich der Gemeinderat, wie er die Tafel oder das Fenster noch schwärzer malen kann? Die Frage, was ein Märchen ist oder nicht, hängt tatsächlich stark damit zusammen, was die Wünsche sind. Die Märchen können sich in jede Richtung bewegen. Ich habe nicht das Gefühl, dass der Gemeinderat das Wunschdenken pflegt. Wir haben nicht den Anspruch, die Zukunft bis ins letzte Detail zu kennen und je länger es dauert, umso schwieriger wird es, zu wissen, in welche Richtung wir gehen. Und diesbezüglich möchte ich auf das Wort Transparenz zurückkommen.

Ich habe vorher schon erwähnt, dass es unser Ziel ist, transparenter zu budgetieren und zu planen. Wir haben über die Unterhaltsaufwände gesprochen, die im Budget sowie auch dem Finanzplan fehlen. In Letzterem fehlen CHF 8.7 Mio., die Teuerung fehlt ebenfalls sowie auch die Berechnung von zukünftig notwendigen Investitionen. All dies zusammengezählt mit den historischen Entwicklungen benötigen wir nicht durchschnittlich zusätzlich CHF 50 Mio., sondern CHF 70 Mio., das wäre betriebswirtschaftlich gesehen das realistische Szenario. Davon können Sie die CHF 10 Mio. abziehen, die wir gemäss Herrn Koller in den letzten Jahren mehr als viermal

überstiegen oder besser abgeschnitten haben. Wenn Sie von CHF 70 Mio. jedes Jahr 10 Mio. abziehen, sind Sie noch immer bei CHF 60 Mio., die wir jedes Jahr brauchen. Ich denke, es ist wichtig zu wissen, in welche Richtung wir steuern, es ist offen, ob es CHF 70 Mio., CHF 60 Mio. oder CHF 50 Mio. sein werden. Wir werden wahrscheinlich nicht jedes Jahr CHF 10 Mio. besser abschneiden, sondern vielleicht einmal CHF 5 Mio., hoffentlich einmal CHF 10 Mio., dann ist es gut. Die Richtung ist wichtig.

Beschluss

Der Stadtrat von Biel, gestützt auf Art. 54 Ziff. 3 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst**:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2025–2027.
2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Investitionsplanung 2024–2033.

9. 20170168 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Energievorschriften

Sprenger Titus, GPK:

Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihren Bericht sowie ihre Antworten zu unseren Fragen. Der neue Artikel 30a des Baureglements betreffend Energiegewinnung und Energieverbrauch führt in der Praxis zu keiner Änderung resp. er wird lediglich formalisiert, was bereits zuvor schon geprüft wurde. Auch beim neuen Artikel 30b betreffend gewichteter Energieeffizienz bei Neubauten ergibt sich in dessen Anwendung nur wenig Neues, verlangt doch die kantonale Gesetzgebung bereits eine entsprechende Berücksichtigung dieses Themas. Einzig die einzuhaltenden Werte sollen in Biel etwas strenger sein als auf kantonaler Ebene, was zu einigen Stichkontrollen auf Baustellen führen kann. Diese höheren Werte könnten bemängelt und mit Blick auf die Energiepreise als Wettbewerbsnachteile erachtet werden, die bei so mancher internationalen Krise immer gleich in die Höhe schnellen. Mit Blick auf die ohnehin zu erwartenden höheren Energieerzeugungskosten dürften höhere Werte in Sachen Energieeffizienz längerfristig nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll sein. Eine ähnliche Betrachtung kann bezüglich dem neuen Artikel 30c des Baureglements gemacht werden. Es ist aus ökologischer und ökonomischer Sicht sinnvoll, dass ab vier Wohnungen zentral Heizwärme und Warmwasser erzeugt wird. Die GPK begrüsst deshalb grossmehrheitlich diese Massnahmen und empfiehlt, dem Geschäft zuzustimmen. Es entspricht der beschlossenen Klimastrategie 2050 und beantwortet mehrere erheblich erklärte Vorstösse des Stadtrats.

Varrin Océane, au nom du Groupe PRR: Je commence cette intervention en vous annonçant que le Groupe PRR est favorable à l'adoption de deux des trois articles qui seront soumis au vote tout à l'heure. Récemment, la loi et l'ordonnance sur l'énergie cantonale ont fait l'objet de révisions visant à renforcer les exigences en matière d'efficacité énergétique dans le domaine de la construction. Le groupe PRR approuve donc l'introduction de cette thématique dans la réglementation fondamentale en matière de construction de la Ville de Bienne. Comme le prévoit le nouvel article 30a, il s'agit en premier lieu d'appliquer ce droit aux installations destinées à produire des énergies renouvelables et de le prendre en compte dans le cadre de l'aménagement du territoire, notamment par les fiches de mesures du plan directeur intercommunal.

Pour ce qui a trait à l'article 30c, nous approuvons également l'idée d'imposer un chauffage central commun lors de la réalisation de 4 logements ou plus, y compris en cas de changement d'affectation. En revanche, pour ce qui concerne l'article 30b, nous sommes plus critiques s'agissant de durcir les exigences en ville de Bienne quant à l'efficacité énergétique globale pondérée des nouveaux bâtiments. Si on comprend l'importance de promouvoir l'efficacité énergétique, il est essentiel de prendre en considération les implications financières de ce durcissement. En effet, plus les exigences sont importantes, en particulier en matière d'isolation, plus les coûts de construction augmentent de manière exponentielle.

La pondération de l'efficacité énergétique qui se fait en fonction de la source d'énergie utilisée risque également de dissuader les investisseurs potentiels de choisir Bienne comme lieu de construction, même si le coût supplémentaire finit par être supporté par les locataires. Il est également important de noter que les normes introduites récemment par le canton de Berne figurent parmi les normes les plus sévères en Suisse en matière d'efficacité énergétique. Exiger une augmentation de 15 % de ces normes à Bienne serait disproportionné et désavantagerait notre Ville de manière significative. C'est pourquoi, nous nous opposons fermement à l'introduction de ce nouvel article 30b dans le règlement de construction de la ville de Bienne et nous vous proposons de faire de même. Il suffit que les valeurs cantonales soient respectées à Bienne. Afin d'éviter un blocage pour les deux autres articles, le groupe PRR demande un vote distinct pour chacun des trois articles en question.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Grundsätzlich erlässt der Kanton die Vorschriften über die Nutzung der Energie im Gebäudebereich. Das kantonale Energiegesetz ermöglicht den Berner Gemeinden in eigener Kompetenz strengere Energievorschriften in der Nutzungsplanung zu erlassen. Nun stellt sich die Frage, wie die Stadt Biel dies umsetzt. Die Gemeinden haben mehr Kompetenzen erhalten und können die ohnehin schon strengen kantonalen Vorschriften verschärfen. Das widerspricht eigentlich der gleichzeitig angestrebten notwendigen Harmonisierung und führt zu einem Regulierungsdickicht, welches wiederum höhere Kosten für die Betroffenen zur Folge hat. Wir können es dem Bericht vom Gemeinderat entnehmen: Mit den Verschärfungen entstehen höhere Aufwendungen bei der Bearbeitung der Bauvorhaben seitens der Behörden, anstelle von Vereinfachungen im Rahmen der Baubewilligungsverfahren hinsichtlich energetischen Neuerungen. Ich kann das Votum von Frau Varrin bestätigen; besonders stossend ist aus Sicht der Fraktion FDP der Artikel 30b.

Die vom kantonalen Gesetz vorgesehene gewichtete Gesamtenergieeffizienz bedeutet einen starken Eingriff in die Eigentumsgarantie der Hauseigentümer. Es wird quasi ein nahezu Null-Energiehaus verlangt und jetzt sollen in Biel Neubauten um 15% weiter eingeschränkt werden. Das geht definitiv zu weit. Weshalb 15%? Mir scheint der Wert beziehungsweise der Prozentsatz völlig willkürlich. Auch seitens der GPK wurden keine näheren Angaben zu diesem angeblichen Benchmark mit anderen Städten gemacht und im äusserst kurz gehaltenen Bericht des Gemeinderats wurden dazu schlichtweg keine Erläuterungen dargelegt. Auch wenn das kantonale Energiegesetz den Gemeinden grundsätzlich die Kompetenz einräumt, die gewichtete Gesamtenergieeffizienz weiter zu begrenzen, sind im Bericht des Gemeinderats keine Beispiele oder Berechnungen auffindbar, welche aufzeigen, ob die Vorschrift betreffend die Neubauten überhaupt eingehalten werden könnte. Es fehlen mir Ausführungen, weshalb entgegen den kantonalen Mustervorschriften keine Differenzierungen nach Gebäudekategorien vorgesehen werden, d. h. eine grundlegende Frage wird nicht einmal behandelt. Es besteht nur einmal mehr die

Gefahr der Abschreckung von Investoren. Investoren, die wir eigentlich für unsere Stadt und unsere Region insgesamt benötigen. Sicher ist, dass die neue Regelung zu einer Verteuerung von Neubauten führen wird. Es sollten nicht mehr Hürden, mehr Bürokratie geschaffen werden.

Es wäre Zeit, einmal an die Verdichtung zu denken, bereits heute haben die HauseigentümerInnen mit verschiedensten Hürden und Blockaden zu kämpfen, insbesondere um z. B. in der Innenstadt Dachausbauten zu realisieren. Aber bei aller Ideologie geht vergessen, dass nicht nur Bürgerliche, nicht nur FDPler und SVPLer Hauseigentümer sind, sondern auch SPLer oder die Grünen besitzen Häuser und Liegenschaften in dieser Stadt. Auch sie wollen investieren und auf ihren Grundstücken bauen. Vor allem die junge Generation will von Anfang an energetisch sinnvolle Lösungen für ihre Häuser vorsehen. Diese Entwicklung zeigt sich in der Praxis, davon bin ich selber überzeugt und ich unterstütze sie genauso wie meine Partei. Immobilieneigentümer nehmen ihre Verantwortung wahr und investieren gesamtschweizerisch mehrere Milliarden Schweizer Franken in den Unterhalt und die energetische Verbesserung der Liegenschaften. Noch eine Bemerkung zum zeitlichen Rahmen dieser Vorlage der Teiländerung: Entgegen anderen Städten preschen wir in der Stadt Biel bereits vor, anstatt eine gesamtheitliche Lösung für eine Teiländerung in Bezug auf energetische Vorschriften darzulegen. Später werden wir für die Thematik des Wärmeverbundausschlusses das ganze Verfahren nochmals von vorne durchspielen. Es ist eher ein Zufall, dass wir zeitgleich noch die Teiländerung in Bezug auf die BMBV umsetzen müssen. Grundsätzlich wurde seitens der Stadt entschieden, loszulegen und danach ein weiteres Verfahren durchzuführen, es ist ja kostenlos und bedeutet keinen Aufwand. Aufgrund dieser Umstände fordert die Fraktion FDP die ersatzlose Streichung des Artikels 30b. Ganz zum Schluss zwei letzte Sätze bezüglich finanzielle Auswirkungen: Stossend ist die Thematik der zusätzlichen Ausgaben für die Kontrollen auf Baustellen. Diese Stichprobekontrollen können im ordentlichen Rahmen von der Baupolizei erfolgen. Die Stadt Biel sollte ihre finanziellen Mittel sachdienlicher und effizienter einsetzen.

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Nous remercions le Conseil municipal pour son rapport que nous avons lu avec attention. Nous saluons la volonté dont fait preuve la ville de Bienne de mettre en place des mesures dans le cadre de sa stratégie climatique 2050. Néanmoins, nous nous étonnons qu'à la page 5, point 5 du présent rapport le Conseil municipal indique : «la révision partielle et les nouvelles dispositions énergétiques auront vraisemblablement une influence positive sur le climat. » À ce stade, on devrait s'attendre à ce que ces nouvelles dispositions énergétiques exercent réellement et non pas vraisemblablement une influence positive sur le climat. Le Groupe PSR approuve le projet d'arrêté mais attend du Conseil municipal que l'aménagement du réseau de chauffage à distance fonctionne de manière respectueuse de l'environnement.

Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis: Die Fraktion Grünes Bündnis dankt für den Bericht, die Botschaft und die Vorlage und stimmt dem Antrag des Gemeinderates vollständig zu. Die BielerInnen haben sich in den letzten Jahren mehrfach klar für den Klimaschutz ausgesprochen. Das kantonale Energiegesetz wurde 2019 mit 63% angenommen, das leider national abgelehnte CO₂-Gesetz 2021 mit 64%, der Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung erreichte im gleichen Jahr 77% und das Klimaschutzgesetz im 2022 71% Ja-Stimmen. Das ist eine klare stabile Zweidrittelmehrheit für das Klima in unserer Stadt und ich habe den Eindruck, sie nimmt noch zu. Die Bevölkerung in unserer Stadt möchte bei der Energiewende weitergehen. Die Abstimmungsergebnisse sind ein Mandat für eine griffige städtische Klimapolitik

und darum geht es in dieser Vorlage. Es sollen gegenüber dem kantonalen Energiegesetz weitergehende Bestimmungen im Energiebereich in die baurechtliche Grundordnung aufgenommen werden. Die Stadt Biel soll eine Vorreiterin im Kanton Bern werden. So verlangt es auch die erheblich erklärte überparteiliche Motion von 2019. Grundsätzlich wichtig ist vor allem, dass beim Bauen vermehrt das Thema Energie berücksichtigt wird. Das sieht die Bieler Klimastrategie so vor: Der direkte Ausstoss von Treibhausgasen durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe für Gebäudeheizung und Warmwasser beträgt heute rund ein Viertel aller Emissionen.

Wegen der langen Erneuerungszyklen der Gebäude ist es wichtig, dass gerade bei jedem Neubau der Energieverbrauch minimiert und erneuerbare Energien eingesetzt werden. Bei Neubauten kann dies von Anfang an in der Planung berücksichtigt und kostengünstiger umgesetzt werden, als dies bei der Sanierung von bestehenden Gebäuden der Fall ist. Diese Gewichtung der Gesamtenergieeffizienz ist zudem ein sehr flexibles Instrument und kann bei der Planung bereits geklärt werden. Die Fraktion Grünes Bündnis würde natürlich gerne weitergehen, denn ein altes Anliegen, welches nicht erwähnt wird, ist die Anschlusspflicht an Wärmeverbünde. Das verlangten die Grünen in einem Vorstoss 2009 und leider müssen wir noch warten, weil der Gemeinderat zuerst zusammen mit der Stadt Bern eine Lösung finden möchte. Daher sollte der vorgängig erwähnte überparteiliche Vorstoss nicht abgeschrieben werden, weil er unter anderem eine solche Anschlusspflicht verlangt. Dazu kommt der Einbezug von sogenannten grauen Emissionen, die bei der Herstellung von Baumaterial und beim Bauen entstehen. Bei Neubauten übersteigen die für die Erstellung aufgewendeten Treibhausgase die während der gesamten Betriebsdauer anfallenden Emissionen, insofern ist das Anliegen in der Einsprache des Heimatschutzes für uns nachvollziehbar. Immerhin zeichnet sich eine Verbesserung ab, denn das Bundesparlament behandelt derzeit eine Gesetzesvorlage zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft, die Bestimmungen zum ressourcenschonenden Bauen enthält.

Und schliesslich können wir von der Fraktion grünes Bündnis Alliance Verte nicht nachvollziehen, dass keine Massnahmen im Bereich der Mobilität vorgeschlagen werden. In der Klimastrategie ist vorgesehen, dass Vorschriften in der baurechtlichen Grundordnung oder in Überbauungsordnungen aufgenommen werden, welche den Verkehr vermeiden und verlagern. Das wäre zum Beispiel die Reduktion der vorgegebenen Anzahl Parkplätze, autoarme Siedlungen und die Pflicht zur Erstellung eines Mobilitätskonzepts. Diese Massnahme soll gemäss Klimastrategie ab 2022 umgesetzt werden. Wenn sich der Gemeinderat nicht an seine Strategie hält, braucht es vielleicht einen Vorstoss, der ihn daran erinnert. Nichtsdestotrotz müssen wir vorwärtsmachen und nehmen, was kommt, denn die Klimakrise wartet nicht. In diesem Sinne empfiehlt die Fraktion Grünes Bündnis, dem Gemeinderat zu folgen.

Eggli Roland, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ empfiehlt die Annahme dieser Teiländerung. Ich persönlich bin dagegen und möchte dies nur kurz darlegen: Als ich vor 20 Jahren für meine siebenköpfige Familie ein Haus im Lindenquartier kaufte, waren meine finanziellen Mittel erschöpft. Dadurch war ich gezwungen, meine Liegenschaft über die Jahre schrittweise zu sanieren. Punktuell versuchte ich, die grössten Schwachstellen auszumerzen und dabei den Charakter des Gebäudes zu bewahren. Heute verfügt das Wohnhaus, welches keinen Energiestandard erfüllt, über eine Stückholzheizung, eine Photovoltaikanlage und ein Sonnenkollektorensystem mit einem Energiespeicher von 8500 Liter. Es ist CO₂-neutral und der Energieverbrauch konnte ich um nahezu 50 % reduzieren. Die über die Jahre gemachten Erfahrungen sind der Grund, weshalb ich gegenüber weiteren Regulierungen in Energie und Bauwesen kritisch bin. Im Jahre 2017 habe ich eine 10 Kilowatt PV-Anlage installiert,

dazu Förderungsgelder von CHF 5500 erhalten und für die Anschlussbewilligung CHF 1000 bezahlt. Gut zwei Jahre später habe ich auf dem selben Gebäude eine weitere identische Anlage installiert. Die Förderungsgelder betrugen CHF 3600, für die Anschlussbewilligung musste ich CHF 3000 bezahlen. In dieser Zeit wurden die Installations-Bewilligungen für Solaranlagen vom eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI) verschärft und die neue Berufsfachrichtung des Solarteurs etabliert.

Diese verschärfte Umsetzung führte dazu, dass ein grosser Teil der Gelder, welcher eigentlich zur Förderung der Solarenergie gedacht war, nun in Wirklichkeit in die Bürokratie fliesst. Nebst dem Stadtrat bin ich auch Mitglied der Baukommission der Kirchgemeinde Biel. Zurzeit sanieren wir für CHF 5 Mio. die Pauluskirche in Madretsch. Bei diesem Projekt wird das bestehende Gebäude sanft renoviert und eine Solaranlage installiert. Es besteht keine Veränderung in der Aussenhülle, noch werden wesentliche Umgestaltungen des innen Bereichs durchgeführt. Die Kosten für die Baubewilligung der Stadt Biel betragen CHF 28'000. Was bedeutet das für zukünftige Bauprojekte, wenn die Stadt Biel ihre Grundordnung stetig ausbaut und zum Beispiel fordert, dass für ein Gebäude eine gewichtete Gesamtenergieeffizienz erstellt werden muss? Welche Mehrkosten fallen für den Bauherrn und die Stadt an? Kann dieser stetige Ausbau der Regulierung von der Verwaltung überhaupt gestemmt werden oder werden wir gezwungen sein, stetig neue Stellen zu schaffen? Es ist erschreckend, wenn für eine Baubewilligung bereits heute 0,5% der Projektkosten bezahlt werden muss.

Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO: Um es kurz zu fassen, ich finde das ein erfreuliches Geschäft. Unsere Fraktion freut es, dass es bezüglich Thema Klimaschutz endlich vorwärtsgeht, zwar langsam aber immerhin passiert etwas. Es ist ebenso erfreulich zu hören, dass wir das Thema Anschlusspflicht an Wärme- und Kälteverbünde in absehbarer Zukunft ernsthaft diskutieren können. Aber ehrlich gesagt, würden wir uns natürlich viel mehr wünschen. Uns ist bewusst, dass die Stadt bei der baurechtlichen Grundordnung keinen anderen sinnvollen Spielraum hat. Wir hoffen, möglichst bald weitere Massnahmen für eine ernsthafte Umsetzung der Klimastrategie begrüssen zu können, denn es ist endlich Zeit, um sinnvolle Massnahmen für Klimaschutz in allen Bereichen umzusetzen, die nicht einfach Konsum strafende Abgaben, sondern systematisch mitgedacht sind. Eigentlich wollte ich an dieser Stelle angesichts des kleinen städtischen Spielraums auf städtischer Ebene auch die bürgerliche Ratschälfte ermahnen, doch ihre ParteikollegInnen auf anderen Ebenen an den Klimaschutz zu erinnern und sie aufzufordern, ihren Spielraum zu nutzen, um sinnvolle Sachen zu anzugehen. Aber ich habe wie so oft wieder einmal das Gefühl, es besteht keine Lust auf Klimaschutz, denn es könnte ja etwas kosten. Wir können nicht leugnen, dass die Klimakrise kommt und wir haben drei Möglichkeiten: Entweder wir bezahlen jetzt mit der Öffentlichkeit dafür und unternehmen etwas dagegen. Oder wir können pokern und warten, obwohl wir aus absolut allen Vorhersagen wissen, dass es uns viel mehr kosten wird. Die Budgetdebatte hat gezeigt, dass niemand Lust hat auf teure Ausgaben. Die dritte Möglichkeit wäre meiner Meinung nach, dass wir die reichen Privatpersonen, welche die Klimakrise durch Ausbeutung von Menschen und Umwelt herbeiführen, zur Kasse bitten. Das Schöne an diesem Geschäft ist die Sozialverträglichkeit. Dieses Geschäft versucht nicht, wie sonst oft, über Pauschale oder konsumorientierte Abgaben zu lenken, denn das trifft meistens diejenigen mit dem kleinsten Portemonnaie am Härtesten. Die vorliegenden Massnahmen führen zu leicht höheren Investitionskosten, aber seien wir ehrlich, wer genügend Geld hat, um sich ein neues Haus zu bauen, kann es sich auch leisten, sicherzustellen, dass er/sie unser Klima nicht zerstört. Oder etwas weniger kapitalismuskritisch gesagt, können wir daran denken, dass diese Investition sich über die Lebensdauer des Gebäudes mit den

tieferen Nebenkosten durchaus als sinnvoll herausstellen wird. Falls diese Gebäude vermietet werden, können mietende Personen ebenso von den tiefen Nebenkosten profitieren. Wie gesagt, ich finde es ein sehr schönes Beispiel für Sozialverträglichkeit. In diesem Sinne wird die SP/JUSO-Fraktion dem Geschäft zustimmen und freut sich auf weitere solche Geschäfte.

Maurer Stefan, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wir als SVP-Fraktion lehnen die Teiländerung in der baurechtlichen Grundordnung betreffend Energievorschriften ab. Die Forderung, dass die Gesamtenergieeffizienz bei Neubauten 15% unter den kantonalen Vorgaben sein soll, bedeutet für EigentümerInnen einen grossen Mehraufwand und Mehrkosten und der Nutzen daraus ist höchst fragwürdig. Die Stadt Biel will wieder eine Extrawurst und bezahlend dürfen die EigentümerInnen. Wir haben in der Schweiz schon genügend Regelwerke und Vorschriften und das Bauen wird dadurch immer komplexer. Wir sind der Ansicht, dass die kantonalen Vorschriften genügend sind und dass keine Verschärfung notwendig ist. Wir sind auch der Meinung, dass die Kosten schlussendlich wieder die Mieter zahlen und das ist nicht der richtige Weg.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Stadtrat und das Volk haben sich für ambitionöse Klimaschutzziele ausgesprochen und wer A sagt, muss auch B sagen. Diese Vorlage ist B in einem massvollen Ansatz. Die 15% höhere Effizienz beim gewichteten Gesamtenergiebedarf ist durchaus anspruchsvoll und ist erreichbar. Auf Seite vier des Berichts ist es beschrieben, Frau Wendling, welche Überlegungen erfolgten, um auf die 15% zu kommen. Sie hätten zusätzliche Unterlagen verlangen können, die wir Ihnen auf Wunsch bereitgestellt hätten. Wir stehen dazu, dass es keine exakte Wissenschaft ist. Es ist ein ambitionöses aber erreichbares Ziel und wenn ein ernsthafter Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden will, dann müssen solche Ziele gesetzt werden. In dem Sinn vollzieht der Gemeinderat Aufträge in einer kohärenten Abfolge, welche das Parlament und das Volk ihm überwiesen haben. Wenn es auf der abstrakten Ebene stattfindet und die deklaratorischen Punkte betrifft, dann sind alle dafür, aber nachher gilt doch «not in my backyard». Bei Bauvorschriften ist dies öfters der Fall und das ist nicht konsequent. Die finanziellen Überlegungen, dass es am Anfang der Investition mehr kostet, sind richtig. Sie dürfen davon ausgehen, dass es bei einer Lebenszyklusbetrachtung unter dem Strich aufgeht. Der echte Beweis kann erst in Zukunft erbracht werden, aber allgemeine Erfahrungen mit vergleichbaren Angelegenheiten zeigen dies und so gesehen stimmt das ökonomische Argument nicht.

Folgendes an die Fraktion FDP und PRR, Frau Wendling, Frau Varrin und Ihre Gefolgsleute: Wenn Sie den Artikel 30b ablehnen, können Sie genauso das ganze Geschäft ablehnen. Diesbezüglich ist die Fraktion SVP/Die Eidgenossen immerhin konsequenter, obwohl sie nach unserer Einschätzung auch auf dem Holzweg ist. Dem Stimmvolk eine Revision mit einem rein deklaratorischen Artikel und der Pflicht eines gemeinsamen Heizwerks ab mehr als vier Wohnungen vorlegen zu wollen, für das lohnt sich der ganze Prozess eigentlich gar nicht. Dann stehen wir wieder bei den mehr oder weniger nur deklaratorischen Aussagen mit Ausnahme von einer kleinen Differenz beim Artikel 30c., denn der Artikel 30a ist eine Grundsatzerklärung und nicht eine Massnahme. Meine Damen und Herren, Sie haben das Klimaschutzreglement mit einer breiten Mehrheit verabschiedet und damit wäre dies sicher zu wenig. Einige von Ihnen haben bedauert, dass die Anschlusspflicht an die Wärmeverbünde noch nicht aktuell ist, die anderen haben es karikiert und den Gemeinderat als ahnungslos dargestellt und das nehme ich natürlich persönlich. Das Thema der Anschlusspflicht an die Wärmeverbünde existiert schon lange. In einer ersten Phase war der Gemeinderat

intern der Meinung, dass es mit der sehr strengen kantonalen Vorgabe resp. dem geringen Spielraum keinen Sinn macht.

Der Spielraum wurde nun erweitert, jedoch gibt es einige Auslegungsfragen zu klären. Um gegenüber dem Kanton stark auftreten können und eine praxistaugliche Lösung zu finden, haben wir uns mit der Stadt Bern verbündet. Dies wird sich auszahlen und dies sage ich denjenigen, die das Gefühl haben, es müsste schneller gehen und dem Gemeinderat Ahnungslosigkeit vorgeworfen haben. Es geht genau darum, dass wir eine saubere Grundlage schaffen, um vorwärts zu kommen. Herr Scheuss, das Thema dieser Vorschriften ist quasi der Aufbau des kantonalen Energiegesetzes und da hat das Thema Mobilität nichts zu suchen. Es wurde abgeklärt, in welchen Bereichen können aufbauend auf dem kantonalen Energiegesetz strengere und ambitionösere Vorschriften erlassen werden. Das ist die Logik, welche dieser Anpassung zugrunde liegt und Sie wissen sehr genau, dass im Rahmen des zweiten Teils der Klimastrategie und mit der Bearbeitung der Stadtklimainitiative alle die Themen wieder zur Sprache kommen werden und es kann nicht immer alles mit den gleichen Bestimmungen geregelt werden. Wenn es nicht sinnvoll wäre, ambitionierte Vorschriften zu erlassen, hätte der kantonale Gesetzgeber die Möglichkeit für die Gemeinden nicht geschaffen. Der Grosse Rat neigt tendenziell eher dazu, die Spielräume der Kommunen zu beschneiden, als zu erweitern und so gesehen gehe ich davon aus, dass er es sich gut überlegt hat, wenn er uns diese Möglichkeit bietet. Herr Egli ist zum Teil etwas vom Thema abgewichen, er hat u. a. über die Baubewilligungsgebühren gesprochen und eine Zahl in den Raum geworfen und ich habe im Saal grosse Augen und offene Münder gesehen... er hat sich glücklicherweise selber erklärt und von einem halben Prozent der Bausumme gesprochen. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Stadt kostendeckende Gebühren erhebt. Der Architekt kostet Sie mehr als ein halbes Prozent der Bausumme. Was ich hingegen nicht ganz verstehe, Herr Egli, dass Sie als Vertreter der Partei mit Anfangsbuchstaben «G» dieses wenig gewichtet haben und das «L» relativ hoch.

Eine Haltung, die durchaus vertreten werden kann, aber im Stadtrat ist es öfter der Fall, dass die grünen Anliegen stark unterstützt werden, wenn es rein deklaratorisch ist, aber weniger, wenn es einen Effort braucht. Ich finde dies schade, weil wir so immer auf halbem Weg stehen bleiben. Aber es freut mich, dass die restlichen Anwesenden der Fraktion GLP+ dem Geschäft zustimmen. Wenn Sie den Weg weiter führen wollen, den Sie den Gemeinderat angewiesen haben, zu gehen, dann müssen Sie diesen Änderungen zustimmen, vor allem Artikel 30b, denn dieser ist das Kernelement der Vorlage. Ich hoffe, dass die Mehrheit des Rats heute Abend nicht nur dieser Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung zustimmt, sondern im Abstimmungskampf parallel zum Budget dafür sorgt, dass sie von der Bevölkerung auch angenommen wird. So kann Herr Scheuss seine positive Beurteilung von unserem Stimmvolk weiterschreiben.

Punktweise Abstimmung

- über den neuen Art. 30a betreffend Energiegewinnung und -verbrauch.

Artikel 30a wird angenommen.

- über Art. 30b betreffend gewichtete Gesamtenergieeffizienz bei Neubauten.

Artikel 30b wird angenommen.

- über Art. 30c betreffend gemeinsame Heizwerke

Artikel 30c wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23.08.2023, gestützt auf Artikel 40, Absatz 1, Ziffer 1, Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst** mit 30 JA-, 18 NEIN-Stimmen und 0 Enthaltungen:

- I. Er empfiehlt den Stimmberechtigten, dem folgenden Gemeindebeschlussesentwurf zuzustimmen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 5. Oktober 2023 und gestützt auf Artikel 12, Ziffer 3, Buchstabe b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1) **beschliesst**:

1. Die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Energievorschriften wird genehmigt
2. Der Gemeinderat wird, vorbehältlich Genehmigung der Teiländerung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern, mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft zur Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung betreffend Energievorschriften

Sprenger Titus, GPK: Einfach der Hinweis, dass im Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen Argumente gegen die Vorlage drinstehen, die nicht Thema der Vorlage sind, wie z. B. die Anschlusspflicht. Vielleicht möchten Sie noch einmal überdenken, ob diese Argumente so in der Botschaft stehen sollen.

Schneider Sandra, SVP: Wir haben beschlossen, in der Redaktionskommission die beiden Botschaften Budget 2024 sowie das vorliegende Geschäft – und damit auch die entsprechenden Argumente – zu behandeln. Somit erübrigt sich eigentlich die Diskussion dazu.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wie ich Ihrer Reaktion entnehmen kann, sind Sie alle einverstanden, dass die bereits gewählte Redaktionskommission für das Budget auch das vorliegende Geschäft behandelt. Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:30 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Der Ratssekretär / *Le secrétaire parlementaire*:

El Mohib Omar, Ratssekretär

Protokoll:

Rita Flückiger

Nathalie Scheurer

Procès-verbal:

Floriane Pinto Bernardino

04. Oktober 2023/ bielrs1.xml